

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Westpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schindlitz, Auguststraße 8 - Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsnachrichten sowie Vereinsnachrichten 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Schutzverbändlerische Lohnregulierung. Rundschau. Politische Monatsschau. Die Entwicklung des Kapitalismus, I. Warum organisieren sich die Arbeiter? — **Allgemeines:** Des Schutzverbandes »großer Erfolg«. Vergebliche Liebesmüh. »Flugwunden«. »Schöne Gegend«. Ortsberichte: Dresden, Mügeln. — **Der Lithograph:** Preisausschreiben. — **Der Steindrucker:** Intimes aus einer »ersten« Firma. — **Feuilleton:** Das Kulturziel (Fortsetzung). — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Alle an den Zentral-Ausschuß zu richtenden Beschwerden und sonstige Zuschriften sind nur an den Vorsitzenden

Richard Hickmann, Dresden 28, Rabenauerstr. 25/1 zu adressieren. Der Zentral-Ausschuß.

Zur gefl. Beachtung!

Dem Steindrucker Franz Knote, Buch-Nr. 31 032, wurde das Mitgliedsbuch gestohlen.

Ortsverwaltung Halle a. S.

Schutzverbändlerische Lohnregulierung.

Gewisse Elemente in der Arbeiterschaft fühlen sich als »Brückenbauer«. Auch in unserem Gewerbe sind derartige Leute zu finden. Um den Verrat zu bemängeln, den sie an der Kollegenschaft in Kampfzeiten begingen, indem sie Schulter an Schulter mit dem Unternehmertum gegen ihre Arbeits- und Klassen-genossen stritten, markieren sie den starken Mann, dem das Unmögliche möglich sein soll. Sie suchen den Anschein zu erwecken, als ob sie die unüberbrückbare Kluft zwischen Ausbeutertum und Ausgebeuteten zu überbrücken vermöchten. Schon der gut bürgerliche Heinr. Heine hat diesen klaffenden Gegensatz klar erkannt und diese Erkenntnis in die Worte gefaßt: Die Menschen teilen sich »in zwei Nationen, nämlich in Satte und in Hungerleider«. Und obwohl die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen seit Heine nur noch viel breiter und tiefer geworden ist, bringen es die erwähnten Elemente fertig, von einer Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit zu reden und von diesem Gesichtspunkt aus die Harmonie zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zu predigen.

Diese Harmonieapostel unter den Arbeitern haben sich entweder noch nicht zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Lage ihrer Klasse und zum Klassenbewußtsein durchzuringen vermocht, oder sie glauben mit ihren Predigten ihre rücksichtslose Selbstsucht beschönigen und letzterer auf Kosten und zum Schaden ihrer Klasse um so maßloser fröhnen zu können. Und daher können oder wollen sie nicht sehen, daß ganz naturgemäß das, was der Ausbeuter will, dem direkt entgegenläuft, was der Ausgebeutete anstrebt.

Der Arbeiter möchte ganz selbstverständlich sein einziges Gut, seine Arbeitskraft, unter möglichst günstigen Bedingungen an den Mann bringen; er möchte sie so hoch als möglich bezahlt und so gut als möglich gegen übermäßige Ausnutzung und gegen Raubbau gesichert sehen. Und um sich einen möglichst großen Teil des Ertrages seiner Arbeit zu

sichern, strebt er hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten an. Das läuft aber den Interessen des Unternehmers direkt zuwider. Dieser möchte die Ausnutzungsdauer der Arbeitskraft des Arbeiters so lang als möglich ausdehnen, ihre Bezahlung jedoch so niedrig als möglich halten, damit der Mehrwert, den er für sich aus der Arbeitskraft jedes Arbeiters gewinnt, um so höher sei. Daraus ergeben sich natürlich unvereinbare Gegensätze, die in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft am klarsten in die Erscheinung treten.

Das gilt auch vom Lithographie- und Steindruckgewerbe. In diesem ist aber das im Schutzverbände koalierte Unternehmertum auch in anderer Weise bemüht, den Interessengegensatz zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft von neuem zu demonstrieren. Obwohl mit den Maßnahmen des Schutzverbandes diese Wirkung nicht beabsichtigt ist, wird doch dadurch eine dankenswerte Klärung der Sachlage herbeigeführt. Diese unfreiwillige Aufklärungsarbeit wird zwar bei solden Leuten, die die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen nicht sehen wollen, um selbst weiter schmartzeln zu können, wirkungslos bleiben. Aber sie wird dafür vielen von denen, die die Kluft noch nicht erkennen können, die Augen öffnen und dadurch zu einer Stärkung der Reihen der klassenbewußten Kollegenschaft beitragen.

Zu derartigen unfreiwilligen Aufklärungsmaßnahmen des Schutzverbandes gehört eine Anweisung an seine Mitglieder über das Engagement seiner Gehilfen, die uns dieser Tage von befreundeter Seite zuzug und deren Wortlaut wir auch den in den Schutzverbandsbetrieben beschäftigten Mitgliedern nicht vorenthalten wollen. Sie lautet:

Engagement von Gehilfen.

Sobald ein Gehilfe sich, sei es durch den Arbeitsnachweis des Senefelderbundes, sei es auf eine Annonce, oder sonstige um Stellung bewirbt, ist zunächst bei ihm anzufragen:

1. nach dem Namen der Firma, bei welcher er in Stellung ist, bezw. zuletzt war.
2. nach der Höhe des Lohnes, den er bei dieser Firma bezogen hat. (Nächst diesen beiden Fragen sind dann diejenigen nach dem Lebenslauf, Zeugnissen, Mustern usw. zu stellen.

Verweigert der Gehilfe, was wohl in den seltensten Fällen vorkommen wird, die Auskunft über die beiden Fragen, so versteht es sich von selbst, daß seine Einstellung nicht weiter verfolgt werden kann. Gibt er dagegen die Auskunft, so ist sofort bei der betreffenden Firma die Richtigkeit der Angaben des Gehilfen zu kontrollieren, wobei es nur empfehlenswert ist, bei allen, auch den Nichtschutzverbandsfirmen anzufragen.

Erst nachdem die Antwort der Firma eingetroffen ist, kann die Lohnhöhe bestimmt und das Engagement eventuell abgeschlossen werden. In elli gen Fällen müssen die Anträge telegraphisch geschehen.

Soweit die schutzverbändlerische Anweisung. Der Zweck der Übung ist klar: Man will der Lohnsteigerung entgegenarbeiten und zum allein bestimmenden Faktor bei der Festsetzung der Gehilfenlöhne werden. Der Lohnkataster scheint sich nicht bewährt zu haben. Daher ersetzt man ihn durch die Vorschrift zur unmittelbaren Rückfrage des Prinzipals,

der einen Gehilfen engagieren will, bei dem, der ihn vorher beschäftigte. Und erst wenn die Auskunft eingelaufen ist, darf die Lohnhöhe vereinbart werden. Dadurch will man der Lohnsteigerung durch Stellungswechsel, die bisher angesichts der Unzugänglichkeit vieler Unternehmer gegenüber jeder Forderung nach Lohnzulagen für manden Gehilfen das einzige Mittel blieb, seinen Lohn auf eine angemessene Höhe zu bringen, einen Riegel vorschieben. Man will diesem »unberechtigten Stellungswechsel« entgegenarbeiten, um schon den jungen Gehilfen soweit als möglich an die Scholle zu schmieden und ihn »seinem« Prinzipal möglichst lange zu einem Lohn, wie ihn letzterer zu bestimmen und zu gewähren für gut befindet, als billiges und williges Ausbeutungsobjekt zu erhalten. So reguliert der Schutzverband die Löhne. Lohnzulagen sucht man zu umgehen; jeder Unternehmer wird in nicht mißzuverstehender Weise aufgefordert, neu einzustellenden Gehilfen nicht mehr Lohn zu zahlen, als wie sie in ihren früheren Stellungen hatten; der Unternehmerrgewinn steigt auf Kosten der Löhne der Gehilfenschaft! Die schutzverbändlerische Anweisung ist eine treffende Illustration zu dem Kapitel von der »Interessengemeinschaft« zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, von der »Harmonie« zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Wir sind überzeugt, daß sich der Schutzverband auch diesmal bewähren wird als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Sein Lohnregulierungsplan wird eine neue Handhabe bieten, den die Geschäfte der Unternehmer besorgenden gelben Harmonieaposteln die Maske vom Gesicht zu reißen und ihr verlogenes Gerede ad absurdum zu führen. Er wird denen, die noch nicht klar und gefestigt genug sind, um zu erkennen, wo sie hingehören, den Weg in die Reihen ihrer klassenbewußten Kollegenschaft zeigen und er wird sie zu zielbewußten Mitkämpfern machen für die Hebung der Lage der Gehilfenschaft gegenüber allen lohndrückenden Maßnahmen des profithungrigen Schutzverbändlertums. Er wird endlich die klassenbewußte Kollegenschaft selbst anfeuern, nie zu erlahmen, straffe Disziplin zu üben und dadurch den Plan des Schutzverbandes unschädlich zu machen.

Straffe Disziplin und stete Wachsamkeit, das sind die besten Schutzwehren gegenüber dieser Art Regulierung der Löhne. Unser Auskunftssystem muß unter allen Umständen Geltung behalten. Die Weisungen der Auskunftserteiler müssen strikt befolgt werden. Wie der Schutzverband von seinen Mitgliedern verlangt, daß die Lohnhöhe erst bestimmt wird, wenn die Auskunft über den Gehilfen einging, so darf sich dieser erst in Lohnfestsetzungen einlassen, wenn er die Auskunft über die Firma erhalten hat. Nur durch eine derartige straffe Disziplin und stete Wachsamkeit der Gehilfenschaft kann der fein ausgeklügelte Plan des Schutzverbandes wirkungslos gemacht werden.

Rundschau.

Eine Anklage wegen Beleidigung hatte Kollege Saupe in Dresden erhalten, weil er den Inhaber der Kunstanstalt Iris in Dresden in seiner Ehre gekränkt haben soll. Die Anklage ist ein Anhängsel der Aussperrung. S. erfuhr als Mitglied der Aussperrkommission, daß das Verbandsmitglied Oskar Wolf, Steindruckmaschinenmeister in Zittau, als Arbeitswilliger zu Herrn Baumgürtel, alleinigem Inhaber der Kunstanstalt Iris, gehen wollte. Als früherer Bekannter von Wolf wirkte er auf ihn ein, Solidarität zu üben, wobei er die inkriminierten Äußerungen getan haben soll. Wolf ließ vom Streikbruch ab und da er Mitglied war, wäre ihm selbstverständlich bei einer Entschädigungsklage seitens Baumgürtels voller Rechtsschutz zugestimmt worden. Der letztere erklagte sich auch von Wolf 101 Mk. wegen Nichtantritt der Stelle. Wolf trat aber trotzdem aus dem Verband aus, wahrscheinlich um sich volles Recht auf Solidaritätsbruch vorzubehalten. Damit war der Rechtsschutz hinsichtlich und der Prinzipal Baumgürtel ließ Wolf pfänden. Wolf — ein langjähriges Verbandsmitglied und Mitglied einer Ortsverwaltung, das selbst einige Zeit vorher eine Tarif- und Lohnbewegung mit veranlaßte — denunzierte den Kollegen S. bei Baumgürtel, und trotzdem es sich um eine reine Privatsache handelte, erhob die Staatsanwaltschaft Offizialanklage, jedenfalls weil die von Wolf denunzierten Redewendungen aus einer Arbeiterlohnbewegung herstammten. Wolf übte mit seiner Denunziation Rache an einem Verbandskollegen, weil der Verband sein Renegatentum nicht durch Übernahme des von Herrn Baumgürtel erklagten Schadenersatzes noch belohnen wollte. Mit der Bestrafung des Kollegen S. zu 75 Mk. Geldstrafe dürfte diese Rache befriedigt sein. Der letzte große Lohnkampf hat Gelegenheit gegeben, tieferen Einblick in Charaktere zu tun, die überzeugten Arbeitern Beklemmungen verursachen, wie das ehemalige Verbands- und Ortsvorstandsmitglied Oskar Wolf in Zittau deutlich zeigt.

Ein schwerer Unglücksfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am 4. Juni vormittags 10 Uhr in der Firma Mamlok & Söhne in Breslau. Der 18jährige Steindruckergeselle Sudhark, der erst zu Ostern seine Lehrzeit beendete und aus der Lehrerschaft, der er seit 1909 angehörte, in den Verband übertrat, wurde beim Bücken nach dem Wasserschwamm, der ihm entfallen war, so unglücklich von einem Teil der in Bewegung befindlichen Maschine am Kopfe getroffen, daß dieser vollständig auseinanderbarst. Am 8. Juni wurde der so jäh aus dem Leben gerissene junge Kollege unter zahlreicher Beteiligung der Breslauer Kollegenschaft zu Grabe geleitet. Durch den schweren Unglücksfall wurde eine schwergeprüfte Mutter ihrer einzigen Stütze beraubt.

Geschäftsergebnisse. Die *Luxuspapierfabrik Heymann & Schmidt Akt.-Ges. in Berlin* bleibt für das Geschäftsjahr 1911 *dividentenlos*, während noch im Vorjahr aus 80 586 Mk. Überschuß 4 Proz. Dividende ausgeschüttet wurden. Das schlechte Ergebnis wird hauptsächlich auf den Ausfall im amerikanischen Geschäft zurückgeführt, das seit dem Inkrafttreten des amerikanischen Zolltarifs von 1910 ständig zurückgegangen ist. Zweifelloso wird aber auch der Umstand, daß die Firma wegen *Lappalien* — wie sich ihr leitender Direktor Herr Heymann ausdrückte — mit aussperrte, viel dazu beigetragen haben, daß die Aktionäre diesmal so schlecht wegkommen sind. Bei einer einseitigen Bewilligung der Arbeiterforderungen würden sie wesentlich besser abgeschnitten haben. — Die *Aktiengesellschaft für Kunstdruck in Niedersiedlitz bei Dresden* war nach dem Vorstandsbericht im abgelaufenen Geschäftsjahr gut beschäftigt. Dagegen hat die im Herbst 1911 erfolgte allgemeine Aussperrung der organisierten Lithographen und Steindrucker, die bis zum Januar 1912 andauerte, etwas hemmend auf die Erzeugung eingewirkt. Der Rohgewinn einschließlich Vortrag beträgt 77 483 Mk. (56 587 Mk.), der Reingewinn 45 711 Mk. (22 392 Mk.), wovon 4 Prozent Dividende (gegen 0 Prozent im Vorjahr) verteilt werden sollen. — Die *Graphischen Kunstanstalten F. Bruckmann Akt.-Ges. in München* hatten im Jahre 1911 ein befriedigendes Betriebsergebnis, sie können nämlich wie im Vorjahre abermals 20 Prozent Dividende auf die glücklichen Aktieninhaber ausschütten. Der Rohgewinn bezifferte sich auf 798 990 Mk. (698 442 Mk.), der Reingewinn auf 589 626 Mk. (517 250 Mk.).

Die Vereins-Versicherungsbank für Deutschland Akt.-Ges. in Düsseldorf, in der bekanntlich verschiedene Schutzverbände ihre Prätorianergardisten zu versichern beabsichtigen, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Überschuß von 42 245 Mk. (i. V. 44 040), von dem u. a. 31 684 Mk. (11 010) der Gewinnreserve der Versicherten zugeführt und 8 449 Mk. auf das Dividendenkonto der Aktionäre vorgetragen werden sollen. Diese Wirtschaften also aus dem sogenannten gemeinnützigen Unternehmen noch Profite heraus, sodaß sich das ihm zugeführte Geld für die Unternehmer gleich in doppelter Weise verzinst. Und die „eingekauften“ Arbeiter fragen die Kosten.

Die Handwerkerkonferenz, in der u. a. die Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk gelöst werden sollte (s. Gr. Pr. Nr. 15), hat endlich am 3. Juni im Reichsamt des Innern stattgefunden, ohne daß sie jedoch ihre Aufgabe zuerfüllen vermochte. Man wurde sich nur darüber einig, daß die Schaffung einer einheitlichen Instanz zur Entscheidung dieser Frage gebildet werden sollte. Auch eine Aussprache über gemeinschaftliche Prüfungsausschüsse für Handwerks- und Fabriklehrlinge wurde gepflogen, aber ohne ein positives Resultat zu ergeben. Eine Erörterung der Heranziehung der Industrie zu den Kosten für die Ausbildung der Handwerkslehrlinge führte ebenfalls zu keinem besseren Ergebnis. Im Gegenteil, es wurde den Vertretern des Handwerks begreiflich gemacht, daß die von ihnen gewünschte Beitragsleistung seitens der Industrie wenig Berechtigung habe, höchstens eine öftere mündliche Verständigung über einzelne Streitfragen auf diesem Gebiete zweckmäßig sei. Und zum Schlusse wurde auch noch die Beratung des § 100 q der Gewerbeordnung, der den Innungen jeden maßgebenden Einfluß auf die Preisfestsetzung entzieht, auf eine spätere Zusammenkunft verschoben, so daß man sagen muß: die Konferenz hat vollständig versagt.

Die katholischen Fachabteilungen haben sich in ihrem Konkurrenzfeld gegen die gelben Organisationen dem Unternehmertum kürzlich durch folgenden Beschluß in empfehlende Erinnerung gebracht: „Der 15. Delegiertentag nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß vielfach der Versuch gemacht wird, die katholischen Arbeiter unter Androhung wirtschaftlicher Nachteile zum Beitritt in die sogenannten gelben Gewerkschaften zu bewegen. Wenn Arbeitgeber wünschen, daß sich ihre Arbeiter wegen der schweren Übel und der Verfehltheit des Streiksystems in Organisationen zusammenschließen, die den gewerblichen Frieden pflegen, so stellen wir fest, daß die katholischen Berufsorganisationen von jeher für ein friedliches Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, allerdings unter Wahrung der Selbständigkeit und Freiheit der Arbeiterorganisationen eingetreten ist.“ Dieses jammervolle Bekenntnis zur unbedingten Knechtseligkeit wurde bekanntlich vom Papst ausdrücklich gebilligt, und er hat angeordnet, daß die *christlichen Gewerkschaften*, die bisher zum Streik eine wesentlich andere Stellung eingenommen haben, diese gelben Grundsätze annehmen. Dadurch erhalten die Beschlüsse der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung, die sonst für die Arbeiterbewegung gleichgültig wären, doch einige Bedeutung.

Aus dem Auslande.
Finland. Vom 20. bis 26. Mai tagte in Helsingfors der Kongreß der *Landesorganisation der Gewerkschaften Finnlands*, die in den angeschlossenen Verbänden rund 23 000 Arbeiter umfaßt. Diese Verbände hatten 1911 517 280 finnische Mark Einnahmen und 621 070 f. Mk. Ausgaben, wovon allein 368 570 f. Mark auf Streikunterstützung entfielen. Die Landesorganisation der Gewerkschaften unterstützte die Lohnkämpfe des verflorenen Jahres mit 120 930 f. Mark. Der größte Kampf war der der Buchdrucker, an dem bekanntlich auch unsere finnischen Kollegen beteiligt waren. Er erforderte allein 350 000 f. Mk. an Unterstützung, und davon wurden 89 240 f. Mk. durch die Landesorganisation aufgebracht, 128 422 f. Mark kamen vom Auslande und das übrige wurde durch den Typographenbund selbst gedeckt. Arbeitslosenunterstützung wird nur in fünf Verbänden gezahlt und sie machte im Jahre 1911 51 948 f. Mk. aus. Der Kongreß forderte die naheverwandten Berufe auf, sich zu größeren Verbänden zusammenzuschließen. Er stellte vier besoldete Agitatoren an, darunter eine Frau, und erklärte sich für ein inniges Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften der übrigen skandinavischen Länder. Die Beiträge zur Landesorganisation wurden von 40 und 20 auf 50 und 25 penni pro Mitglied erhöht.

Generalversammlungen und Kongresse.
Angestellte in der modernen Arbeiterbewegung. Die zweite Hauptversammlung der *Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten* tagte am 17. und 18. Mai in Berlin. Sie beschloß, es im wesentlichen bei den bisherigen Unterstützungssätzen zu belassen; man lehnte sowohl die Einführung einer Zuschusskasse wie einer geringeren Beitragsstufe, wie sie vom Vorstand beantragt worden war, ab. Für die Einführung in die staatliche Versicherung, die durch das Gesetz über die Versicherung der Angestellten möglich gewesen wäre, wurde von keiner Seite plädiert, da für die Kasse die Umwandlung zu einer Ersatzkasse nicht zum Vorteil gewesen wäre. Die Invalidenrente soll ruhen, soweit und solange ein invalides Mitglied 80 Proz. oder mehr des bisherigen Gehalts oder Einkommens hat. Die Witwenrente soll nach zweijähriger Mitgliedschaft 300 Mk. betragen, steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 600 Mk. Dementsprechend regelt sich auch der Bezug der Waisenrente. Die Witwe kann bei Wiederverheiratung durch eine doppelte Jahresrente abgefunden werden.

Sattler und Porteuillier. Die zweite Generalversammlung des *Verbandes der Sattler und Porteuillier* fand vom 29. Mai bis 1. Juni in München statt. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg seit Anfang 1909 um 3613 auf 13 819; das Verbandsvermögen stieg auf 480 591 Mk. Die Generalversammlung beschloß eine Erhöhung des Beitrages um 5 Pf., so daß er nunmehr für männliche Mitglieder 55 Pf., für weibliche 30 Pf. beträgt. Dem mehrfach gestellten Verlangen auf Einführung von Staffelbeiträgen kam die Generalversammlung nicht

nach, doch wurde ein Antrag angenommen, den Vorstand zu beauftragen, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage auf Erhebung von Staffelbeiträgen zu unterbreiten. Örtliche Tarifverträge dürfen in Zukunft nur gekündigt werden, wenn sich zwei Drittel der in geschlossener Versammlung Anwesenden dafür erklären. Bei der Arbeit für die Verkürzung der Arbeitszeit soll darauf geachtet werden, daß in keinem Falle die Erlangung eines freien Sonnabendnachmittags auf Kosten einer Verlängerung der Arbeitszeit erfolgt. Ferner nahm der Verbandstag entschiedene Stellung gegen die dem Gewerbe aus der Gefängnisarbeit erwachsende Schmutzkonkurrenz.

Schmiede. Die dreizehnte Generalversammlung des *Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen* tagte vom 2. bis 8. Juni in Düsseldorf. In der zweijährigen Berichtsperiode hatte der Verband einen Mitgliederzuwachs von 1276; die Mitgliederzahl beträgt jetzt 16 669, das Vermögen 104 528 Mk. Der Verband führte 1910/11 insgesamt 305 Lohnbewegungen mit 12 559 Beteiligten und erreichte für 5445 Personen 8288 Stunden Arbeitszeitverkürzung sowie für 7357 Personen 13 837 Mk. Lohnerhöhung wöchentlich. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Frage des Anschlusses an den Metallarbeiterverband. Eine vom Vorstand eingebrachte, die Versammlung befürwortende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die endgültige Entscheidung soll eine am 13., 14. und 15. Juni stattfindende Urabstimmung fällen; falls diese mit einfacher Mehrheit die Verschmelzung beschließt, soll der Übertritt in den Metallarbeiterverband am 1. Oktober d. J. erfolgen.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der sechste Verbandstag des *Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter* fand vom 2. bis 8. Juni in München statt. In der dreijährigen Berichtsperiode stieg die Mitgliederzahl von 29 316 auf 47 376, also um 18 060, und das Verbandsvermögen von 331 219 auf 652 521 Mark, sodaß es sich nahezu verdoppelt hat. Der Verband führte in den Jahren 1909 bis 1911 990 Lohnbewegungen und erreichte für 15 821 Beteiligte je 4,6 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 113 200 Beteiligte je 1,75 Mk. Lohnerhöhung wöchentlich. Im Gegensatz zu den übrigen deutschen Gewerkschaften, die Berufs- oder Industrieverbände sind, beruht der Gemeindearbeiterverband auf der Grundlage der die mannigfaltigen Berufsgruppen umspannenden Betriebsorganisation, wodurch er ständig in Grenzstreitigkeiten mit andern Verbänden verwickelt ist, die sich nur teilweise durch Kartellverträge ausschalten ließen. Der Verbandstag befähigte sich u. a. mit der Organisation des etatsmäßigen Personals, mit der Arbeiterfürsorge in Gemeindebetrieben und mit Statutenänderungen. Der bisherige Vorsitzende Moß wurde nur mit einer Stimme Mehrheit wiedergewählt.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 20. Juni 1912.

Ungarn und seine Beherrschter: Die Konflikte Österreichs mit Ungarn; Das Versprechen der Wahlreform; Opposition, — Obstruktion — Vergewaltigung; Der Kampf der Budapester Arbeiter. Wahlausfall in Belgien. Das neue italienische Wahlgesetz. Zentrum und freies Wahlrecht. Die Schwarzburg-Rudolstädter Landtagswahl.

Es gibt in Europa wohl kaum noch ein Land, dem die Weltgeschichte so mitgespielt hat, wie dem Königreich Ungarn, dem Kronlande der österreichischen Monarchie. Gallier, Polen, Luxemburger haben sich auf dem vor etwa 1000 Jahren von den Magyaren etablierten Königsthron ge tummelt und mit den Fürsten, die gleichfalls zeitweise Teile Ungarns im Besitz hatten, um die Herrschaft geschlagen, bis sich 1688 die Habsburger nach Vertreibung der Türken die erbliche Besetzung des ungarischen Thrones sicherten. Mongolen und Türken verwüsteten und entvölkerten das Land und ließen es jahrhundertlang nicht zur Ruhe kommen. Deutsche und italienische Kolonisten zogen ins Land, der Machtbereich des Königreichs wurde durch Eroberungen auf Slawonien, Kroatien usw. erweitert. Heute beträgt die nichtmagyarische Bevölkerung Ungarns zirka die Hälfte des ganzen Volkes. Seit jeher bis heute befindet sich jedoch das Heft der Regierung in den Händen der ungarischen Magnaten, einer Junkerkaste, die über ungeheuren Grundbesitz verfügt und in der Ausübung ihrer Herrschaft nur in Rußland und in — Preußen ihresgleichen findet.

Der ungarische Adel befindet sich schon seit der Thronbestellung der Habsburger in einem gewissen Widerstand gegen die Krone. Er strebt vor allem die nationale Selbständigkeit Ungarns an. Die Verbindung Ungarns mit Österreich soll lediglich in einer Personalunion zwischen dem König von Ungarn und dem Kaiser von Österreich bestehen. Der Absolutismus, dem die österreichische Monarchie in Ungarn huldigte, der vor Verfassungsbrüchen nie zurückschreckte, hat den Nationalismus des magyarischen Adels noch immer neue Nahrung zugeführt. Magyarische Junker waren es auch, die 1849 das Haus Habsburg des ungarischen Thrones für verlustig erklärten. Mit Hilfe russischer Kosaken wurde zwar der Aufstand niedergeschlagen; Österreich mußte aber trotzdem nachgeben, führte die alte Verfassung wieder ein, stellte die Gleichberechtigung Ungarns mit Österreich wieder her, Ungarn bekam seine eigene Armee, sein eigenes Ministerium. Das Verlangen nach Magyarisierung

des Landes blieb natürlich bestehen und führte zu dauernden Konflikten mit der Regierung, die besonders bei den Wehrvorlagen zu stärkerem Ausbruch kamen. Denn Österreich, das bei dem allgemeinen Wehrtrüsten nicht nachstehen konnte und kann, mußte sich auch von Ungarn immer mehr militaristische Forderungen bewilligen lassen. Das ungarische Parlament aber stellte diesem jedesmal die Forderung nach Magyarisierung entgegen. Die Krone konnte jedoch darauf nicht eingehen, wenn sie sich nicht selbst das Grab in Ungarn schaufeln wollte. Die Hauptwaffe der Opposition war die Obstruktion, mittels der die Debatten über die Wehrvorlagen unheimlich in die Länge gezogen, die Generalabstimmung hinausgeschoben wurden, um die Regierung müde zu machen.

So war es auch 1906. Der Reichstag wurde aufgelöst; die Neuwahlen brachten eine glatte Niederlage der Regierung, die Opposition erhielt die Mehrheit. Nun war guter Rat teuer, aber die Not ließ die Regierung einen Ausweg finden. Sie kündete im Reichstag einen Wahlgesetzesentwurf an, der eine vollständig andere Zusammensetzung des Parlamentes gebracht hätte. Damit war das Junkerparlament an seiner empfindlichsten Stelle getroffen; denn der oligarchische Junkerreichstag ist zum guten Teil auf den Infamien des bestehenden Wahlrechts aufgebaut, zum andern Teil verdankt er seine Zusammensetzung der Passivität der nichtmagyarischen Bevölkerung, der Korruption und dem Stimmenkauf. Die Volkswirtschaft Ungarns stützt sich auf die Landwirtschaft und den Handel. Industrie ist wenig vorhanden und entwickelt, außer in Budapest. Dort überwiegt die industrielle Bevölkerung. So betrug beispielsweise 1911 die Gesamtzahl der Mitglieder der Landeszentrale angeschlossener Gewerkschaften 95 180 bei einer Bevölkerung von etwa 21 Millionen. Davon hatten allein 54 339 Mitglieder ihren Wohnsitz in Budapest und Umgegend. Das sind ca. 57 Prozent, mehr als die Hälfte, während sich nur 43 Prozent, 40 841, auf das übrige Land verteilen. Die Wähler in den Junkerbetrieben kennen wir ja aus unserm Ostelbien zur Genüge. In Ungarn wirkt der von den Junkern ausgeübte Terrorismus noch viel schrecklicher, da die Stimmenabgabe öffentlich ist, also dort, wo Terrorismus nicht angebracht ist, den Stimmenkauf außerordentlich begünstigt. So steht fest, daß sich die jetzige Regierungsmehrheit ihr Übergewicht mit 4 1/2 Millionen Kronen erkauft hat. Obendrein aber verleiht das plutokratische Wahlsystem den rückständigsten und kleinsten Wahlkreisen einen solchen Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlamentes, daß immer eine magyarische Mehrheit zustande kommen muß. Sitzen doch im jetzigen Reichstage nur 7 Vertreter anderer Nationalitäten. Es ist klar, daß unter diesen Umständen die magyarische Oligarchenclique die Einlösung des königlichen Versprechens der Wahlreform mit allen Mitteln zu hintertreiben sucht, und daß andererseits das erwachende Proletariat und die Schichten des Bürgertums, die ein wirtschaftliches und politisches Interesse an der Beseitigung der Vorherrschaft des Junkerklüngels haben, auf der Einlösung des Versprechens bestehen. Und auch diesmal wurde eine Wehrvorlage benutzt, um die Dynastie zur Nachgiebigkeit, diesmal zur Reform des Wahlrechts, zu zwingen.

Ein ganzes Jahr lang hat die Justipartei durch Obstruktion die Verabschiedung der Wehrvorlage in der ersten Lesung unmöglich gemacht. Darüber mußte man natürlich in Wien ärgerlich werden. Denn wozu unterließ man denn jeden energischen Schritt zur Einführung des versprochenen allgemeinen, gleichen, geheimen und gemeindefreien Wahlrechts? Warum überließ man den Junkern das Kronland zu weiterer politischer Unterdrückung und schrankenloser wirtschaftlicher Ausbeutung? Doch nur zu dem Zwecke, daß man die geforderten Rekruten bald bewilligt erhielt. Die Obstruktion mußte darum gebrochen werden. Als der starke Mann, der das vollbringen sollte, wurde Graf Stefan Tisza, der Häuptling der Junker, der erbitterteste Gegner der Wahlreform, der schon 1904 als Minister der Obstruktion ein Ende bereitet hatte, unter Bruch der Geschäftsordnung auf den Präsidentenstuhl berufen.

Um der Opposition, die bereits müde zu werden begann, angesichts des Vorgehens der Mehrheit den Rücken zu stärken, wollte die Arbeiterschaft Budapests Versammlungen abhalten. Diese wurden verboten; die Arbeiter gingen dennoch auf die Straße, zogen zu Tausenden vor das Parlament und wurden von Polizei und Militär brutal mißhandelt. Das gab den Anstoß zu dem Generalstreik der Budapester Arbeiter am 23. Mai. 130 000 Arbeiter zogen an diesem Tage auf die Straße, um für ein gerechtes Wahlsystem, gegen die brutale Herrschaft einer verfassungsbüchigen Kaste und ihrer Lakaien auf den Ministersesseln zu demonstrieren. Und das aus der Provinz herangezogene Militär war in Gemeinschaft mit der Polizei nicht imstande, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, auch nicht mit dem Blute der im Kampfe um ihr Recht gefallenen Opfer. Der eintägige Generalstreik der Budapester Arbeiter endete mit einem vollständigen Rückzuge der Regierung und ihrer Organe. Sie mußten mit den Führern verhandeln, um die Massen wieder von der Straße zu bringen, sie mußten die vorher verbotenen Versammlungen genehmigen; den Industriellen war es un mög-

lich, die angedrohte Aussperrung durchzuführen. Die Budapester Arbeiter haben am 23. Mai gezeigt, daß sie bereit sind, Gut und Blut einzusetzen für ihre Forderung politischer Gleichberechtigung. Der Wahlrechtsfrage ist dadurch neuer, belebender Odem eingehaucht worden. Eins muß nun kommen, das Wahlrecht oder die Revolution. Als warnendes Menetekel wird das Blut der Budapester Wahlrechtskämpfer der herrschenden Klasse Ungarns, und auch denen anderer Nationen, leuchten als Beweis, daß sich der Fortschritt nirgends aufhalten läßt, daß auch die Stunde der Unterdrücker kommen muß. Je brutaler sie sind, desto eher. Daß die Wehrvorlagen unter polizeilicher und militärischer Bewachung des Reichstages, unter abermaligem Bruch der Geschäftsordnung und der Verfassung und unter Hinauswurf von 40 oppositionellen Abgeordneten durch 120 Polizisten angenommen wurden, wird den Gang der Selbstverneinung der Oligarchie nur noch beschleunigen. Schon hat in der vergangenen Woche die Bevölkerung auch in andern Teilen des Landes revolutioniert. Die Bewegung wurde nach frisierten Preßberichten vorläufig abgebrochen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie neue Nahrung erhält durch die Nachricht, daß das Magnatenhaus, eine Versammlung von ca. 400 geborenen und ernannten Gesetzgebern, die verfassungswidrig zustande gekommenen Wehrvorlagen mit großer Majorität angenommen hat. Dann dürften die für den vergangenen Sonntag geplanten Demonstrationen den Anfang der Revolution im ganzen Lande bedeuten.

Ähnlich wie in Bayern hat auch am 2. Juni in Belgien bei den Kammerwahlen das Experiment einer antiklerikalen Koalition die schwarze Regierungsmehrheit nicht zu beseitigen vermocht. Schuld daran trägt neben dem Vierstimmwahlrecht die Ratscheu der Liberalen, die trotz des Abkommens in hellen Haufen der staatserkhaltenden klerikalen Partei ihre Stimmen gaben. Da der Wahlkampf unter der Devise: für das freie, gleiche Wahlrecht und gegen die Klerikalisierung der Schule geführt wurde und trotzdem ohne den erhofften Erfolg blieb, so beweist das, daß die Jahrhunderte alte Organisation der katholischen Kirche das stärkste Bollwerk gegen den Fortschritt ist, und daß weiter die Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe einzig auf sich allein angewiesen ist. Der belgischen Arbeiterschaft bemächtigte sich eine große Erregung über den Ausfall der Wahlen. In den Städten zogen große Arbeitertrupps durch die Straßen und demonstrieren vor den Gebäuden der Klerisei, wobei es ebenfalls zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär kam. In einem Aufruf fordert der Generalrat der Arbeiterpartei die Arbeiter auf, Kaltblütigkeit zu bewahren gegenüber Provokationen, von welcher Seite sie kommen mögen. Ferner kündigt er für den 30. Juni einen Parteitag an, der Mittel und Wege finden und beschließen soll zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts.

Die italienische Kammer hat ein Wahlgesetz angenommen, das allen männlichen Personen, die über 30 Jahre alt sind, das Wahlrecht gibt. Die Wahlberechtigung vom 21. Jahre an haben alle männlichen Personen, die beim Militär gedient oder 4 Jahre die Elementarschule besucht haben, ferner die entweder eine direkte Staatssteuer oder einen jährlichen Mietzins in bestimmter Höhe zahlen und solche, die im Besitz einer Rettungs- oder Kriegsmedaille sind. Jedenfalls ist die Kammer bei der Annahme dieses Gesetzes glücklicher gewesen als seinerzeit, wo sie die Annektion Tripolitaniens beschloß. Denn trotz der Annektion reicht der Einfluß Italiens in Tripolis auch heute noch nicht weiter wie die Geschosse der Schiffskanonen fliegen.

Ein besonderes Jesuitenstücklein hat sich gegen Schluß der Tagung des preußischen Dreiklassenhauses noch das Zentrum geleistet, indem es durch Abkommandierung von ca. 30 Abgeordneten einen Wahlrechtsreformantrag zu Falle brachte, der Aussicht auf Annahme hatte. So schlau wie der Plan auch erdacht war, so dumm wurde er ausgeführt. Wenn darum im nächsten Jahre um diese Zeit das preußische Volk sich vorbereitet, Abrechnung mit seiner »Volksvertretung« zu halten, wird sich mancher Zentrumstuch im Schweiß seines Angesichts abmühen müssen, um diese saubere Nuß zu knacken. Ein Verdienst hat sich das preußische Zentrum mit dieser »Tat« um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts doch erworben: Das Agitationsmaterial der Sozialdemokratie wurde um eine unschätzbare Waffe bereichert.

Einen schmachvollen Reifall hat auch die Schwarzburg-Rudolstädter Regierung mit der Landtagsauflösung erlitten. Die sozialdemokratische Mehrheit sollte sich bekanntlich selbst die Schlinge um den Hals legen in Gestalt einer Wahlreformvorlage der Regierung, die wieder »Ordnung« in die Landstube zu bringen bestimmt war. Die Mehrheit hatte jedoch dafür kein Verständnis und wurde dafür nach Hause geschickt. Die Wähler konnten nun aber an der chinesischen Hinrichtung auch keinen Gefallen finden und schickten der Regierung abermals 9 Sozialdemokraten und 7 Bürgerliche. Ja, fast wäre zu den früheren 9 noch der 10. Sozialdemokrat gekommen, der mit 1 Stimme gegen seinen Rivale unterlegen ist. ag.

Die Entwicklung des Kapitalismus.

Im letzten vom Berliner Bildungsausschuß der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe veranstalteten Vortragszyklus sprach der Landtagsabgeordnete Julian Borchardt an vier Abenden über die Entwicklung des Kapitalismus. Die hauptsächlichsten Gedankengänge dieser Vortragsfolge seien an dieser Stelle einem weiteren Kreise bekanntgegeben. Im ersten Vortrage führte Genosse Borchardt folgendes aus:

Unsere Aufgabe soll darin bestehen, die wirtschaftliche Entwicklung vom 15. Jahrhundert bis auf unsere Zeit zu betrachten. Dabei setzen wir die Kenntnis der vorkapitalistischen Entwicklung voraus. Wir wollen uns die Frage vorlegen: Wie ist der Kapitalismus entstanden?

Zum besseren Verständnis lassen wir ganz knapp die wirtschaftlichen Zustände bei den alten Germanen in der Zeit vor der Völkerwanderung an uns vorüberziehen. Ein gemeinsames deutsches Volk gab es damals nicht; nur lose verwandte Völkerschaften lebten auf dem weiten Gebiet und führten häufig genug auch gegeneinander Krieg. Sie trieben wenig Ackerbau, aber in der Hauptsache Viehzucht und Jagd. Spuren von Selbsthaftigkeit finden wir hier schon vor. Ihre Produktion war Eigenproduktion, d. h. was sie herstellten, verbrauchten sie selbst. Damit soll nicht gesagt sein, daß Jeder nur für sich gearbeitet hätte, als Einzelner; eine solche individuelle Produktion hat es wohl niemals in der Geschichte der Menschen gegeben. Auch Grund und Boden war Gemeineigentum. Jahrtausendlang hat sich der Begriff bei den Germanen gehalten, daß der Grund und Boden Eigentum aller sei. Anfänge einer gewerblichen Tätigkeit konnte man aber doch schon feststellen. Es gibt schon Waffenschmiede. Auch die Töpferei wird schon gewerblich betrieben. Ebenso war es mit der Salzgewinnung. Diese gewerbliche Tätigkeit hing vom Vorkommen des Arbeitsmaterials ab. Damit ergab sich aber auch schon das Vorkommen des Handels in seiner primitivsten Form. Daneben gab es einen Handel, der von fremden Kaufleuten betrieben wurde. Das ungefähr waren die Zustände, in denen die Germanen um jene Zeit lebten.

Halten wir aber eines vor allem fest: Die Bedürfnisse der Menschen vermehren sich unaufhörlich. Das ist eine historische Tatsache, die wir immer in der Weltgeschichte beobachten können. Es ist das, was wir den Fortschritt der Kultur nennen. Dazu kommt die ständige Vermehrung der Menschen, die wiederum für die Fortentwicklung der Völker notwendig ist. Wenn wir diese Tatsachen festhalten, so leuchtet ein, daß die Menschen gezwungen waren, darauf zu sinnen, wie sie die vermehrten Bedürfnisse befriedigen können. Darum sehen wir auch zu allen Zeiten die Menschen unaufhörlich daran arbeiten, die Arbeit produktiver zu machen. So kamen sie nach und nach von der Eigenproduktion zur Arbeitsteilung. Das war der nächste wirtschaftliche Fortschritt.

Es blieb nicht dabei, daß einer landwirtschaftliche und Maurerarbeit usw. zugleich machte, sondern mehr und mehr wurde Maurerarbeit, Töpferarbeit usw. die Tätigkeit einzelner. 900 Jahre vor unserer Zeitrechnung, in den Gedichten Homers, finden wir aus der europäischen Geschichte zuerst die Angabe, daß die Menschen in der Arbeitsteilung ziemlich weit vorgeschritten waren. Und das war wohl gut tausend Jahre vor der Zeit, wo im römischen Reiche die Teilung der Arbeit vollständig durchgeführt war. Damals fing aber bei den Germanen die Teilung der Arbeit erst an. Ihre Durchführung erreichte sie erst im Mittelalter.

Die Grundlage der Existenz blieb aber noch Jahrhunderte lang der Ackerbau. Ohne Landwirtschaft war ein Handwerk damals noch nicht möglich. Erst im späten Mittelalter erscheint dann der Handwerker.

Doch damit ergab sich auch gleich die Notwendigkeit des Handels. In der Zukunft war die Stadt in verschiedene Bezirke geteilt, die je für einen Handwerksmeister als sein Gebiet bestimmt blieben. Mit der wachsenden Produktivität der Arbeit und der damit Hand in Hand gehenden Ausdehnung des Handels stellte sich mehr und mehr die Notwendigkeit heraus, für den Handel kaufmännische Fähigkeiten zu besitzen. Diese waren aber mit der Tätigkeit des Handwerkers nicht zu vereinbaren. Eine neue Teilung der Arbeit entwickelte sich so ganz allmählich. Kaufmann und Handwerker wirken nun neben- und miteinander. Die Tätigkeit des Handwerkers wird dadurch produktiver.

Wenn der Handwerker verkauft, dann will er für den Erlös seiner Produkte für sich andere Produkte einkaufen. Verfertigt er also z. B. Schuhe, so verkauft er auch Schuhe. Für das dafür erhaltene Geld kauft er sich Kleider. Beim Handwerker ist also der Kreislauf: Ware — Geld — Ware.

Anders beim Kaufmann. Bei ihm beginnt der Anfang mit Geld. Er kauft selbst die Ware vom Handwerker, um sie später teurer zu verkaufen. Hier ist der Kreislauf: Geld — Ware — Geld. Der Kaufmann verkauft, um Profit zu machen, der Handwerker, um seine Bedürfnisse zu befriedigen.

In dem Moment, wo der Kaufmann berufsmäßig Profit macht, ist der Kaufmann Kapitalist. Von dem Zeitpunkt an, wo es berufsmäßig Handel gibt,

hat es schon Kapital gegeben. So bei den Griechen, Phöniziern usw. Auch im Mittelalter hat es blühenden kapitalistischen Handel gegeben. So die Hansa, die Fugger u. a. Aber von Kapitalismus dürfen wir da noch nicht reden. Denn es hat ja noch keine kapitalistische Produktion gegeben. Erst mit dem Ende des Mittelalters begannen die ersten Anfänge der kapitalistischen Produktion.

Im zweiten Vortrage entwickelte der Vortragende sein Thema in folgender Weise weiter:

Die kapitalistische Produktion fängt in Deutschland ungefähr mit dem 15. Jahrhundert an. Es darf nun auch die Frage gestellt werden: Warum ist das so gekommen? Die Ursache dieser Entwicklung zur kapitalistischen Produktionsweise soll von uns erforscht werden.

Einmal darf wohl als zweifellos angenommen werden, daß die handwerksmäßige Produktion die Nachfrage nicht mehr befriedigte. Der äußere Anstoß zu jener ungeheuren wirtschaftlichen Entwicklung kam aber durch die großen Entdeckungen, wie: die Entdeckung Amerikas, die Umschiffung Afrikas, die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien usw. Das gab dem Handel einen ungeahnten Aufschwung.

Eine weitergehende Teilung im Handwerk war nicht mehr möglich und damit eine Vermehrung seiner Leistungsfähigkeit ausgeschlossen. Andererseits brachte die Vermehrung der Bevölkerung eine erhöhte Anzahl Anwärter auf den Meisterstitel. Die Handwerksmeister suchten dem entgegen zu wirken, indem sie die Aufnahmebedingungen für Meisteranwärter auf die dikanoöseste Art zu erschwern suchten. Ein ganzes Netz von Bestimmungen war geschaffen, um möglichst jedes Eindringen neuer Elemente zu verhindern. Nur für die eigenen Söhne, Schwiegerväter und Witwen waren die Bedingungen für die Aufnahme in den Meisterstand und für die Meisterprüfung wesentlich milder. Dadurch erreichten sie wohl vielfach ihren Zweck. Dafür wuchs ihnen ein anderer Konkurrent auf, gegen den sie schließlich unterliegen mußten.

Es waren ja genügend Gesellen vorhanden, die nicht Meister werden konnten, die aber genau so gut ihr Handwerk verstanden, wie die Meister. Diese zog sich das große Handelskapital heran. Die Gesellen waren mittellos. Sie besaßen nichts als ihre Arbeitskraft. Rohmaterial, Handwerkszeug usw. mußte vom Kaufmann geliefert werden. Diese Produktionsmittel blieben damit das Eigentum des Kaufmanns. Von vornherein stand die Produktion des Handelskapitals außerhalb der Zunftgrenzen; sie beachtete entweder die Zunftgesetze garnicht oder, wo die Zünfte stark genug waren, ihre Einhaltung zu erzwingen, wurden die Werkstätten außerhalb der städtischen Mauern gelegt. Hier beschäftigten diese Kaufleute sogleich eine größere Anzahl Gesellen, sodaß schließlich 50—100 und mehr in einem Betriebe nebeneinander arbeiteten. Diese Kooperation war die erste Stufe nach dem zünftlerischen Kleinhandwerk. Damit war aber auch in der Stellung des Arbeiters eine gewaltige Verschiebung eingetreten. Er war nicht selbständig bei der Arbeit. Er arbeitete nicht nach seinem Kopf, nach seinen Ideen, sondern nach den Angaben des Kapitalisten. Nun zeigte sich auch die absolute wirtschaftliche Überlegenheit dieser neuen Produktionsform. Die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit stieg ganz bedeutend. Die bloße Zusammenfassung einer größeren Zahl von Arbeitern hatte folgende Vorteile:

1. Ersparnis an Arbeitsplatz. Der Raum für 50 Gesellen z. B. kostete nicht annähernd so viel, als wenn von 40 Kleinmeistern jeder einen besonderen Arbeitsraum für je 1—2 Gesellen haben mußte.

2. Ersparnis an Handwerkszeug, das gegenseitig ausgetauscht werden konnte.

3. Die Rohstoffe konnten nunmehr im großen und damit preiswerter eingekauft werden.

4. Beim bloßen Zusammenarbeiten fördert der Wettstreit der Arbeiter untereinander die Arbeit. Die Tüchtigen geben das Vorbild, dem die weniger Tüchtigen nachzueifern suchten.

Die einfache Kooperation hat nur kurze Zeit gedauert. Sie war nur ein Übergangsstadium. Man merkte bald, daß hier eine bedeutend weitergehende Arbeitsteilung möglich war. Wenn man z. B. eine Kutsche machen ließ, so hatten eine Reihe verschiedener Handwerker daran zu tun. Jeder einzelne Handwerker arbeitete vorübergehend an dieser Kutsche, um dann wieder andere Arbeiten seines Berufes vorzunehmen. Der Kapitalist ging aber von vornherein darauf aus, nur Kutschen zu machen. Er holte sich die Sattler, Laddierer usw. heran, die nun ebenfalls nur ihre Teilarbeit an den Kutschen zu machen hatten. Und diese Arbeitsteilung wurde innerhalb der Branche weiter und weiter getrieben, eine Entwicklung, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Die Teilung der Arbeit ging also innerhalb der einzelnen Berufe vor sich. Es bildeten sich sogenannte Manufakturen heraus, und diese Manufakturperiode hat zirka 300 Jahre die Wirtschaft beherrscht.

Adam Smith, der englische Nationalökonom, schildert schon 1770 die Arbeitsteilung und nimmt als Beispiel die Stecknadelfabrikation. 18 verschiedene Personen waren notwendig, um eine Stecknadel fertig zu stellen. Da tat ein Mann tagaus, tagein nichts anderes, als den Draht zu ziehen, ein zweiter streckt ihn, ein dritter setzt den Kopf an usw. Sogar das Einstecken der Nadeln in Papier ist ein

besonderes Gewerbe. Durch die Arbeitsteilung wird die Leistungsfähigkeit enorm erhöht, weil der Einzelne nur eine ganz bestimmte Tätigkeit auszuführen hat. Dazu kommt die steigende Verbesserung des Handwerkszeugs, das der speziellen Tätigkeit angepaßt wurde. So waren in Birmingham schon zur Zeit Karl Marx' 500 Sorten Hämmer fabriziert worden.

Die Planmäßigkeit war das Grundlegende der Manufakturperiode, sowohl die planmäßige Einteilung der Arbeit zur Herstellung eines Gegenstandes, als auch das Hand in Hand-Arbeiten der vielen Arbeiter eines Betriebes. Es kommt hinzu, daß, wenn ein Arbeiter der Arbeitsleistung der andern nicht zu folgen vermag, die sicheren und flotteren Arbeiter gehindert werden, soweit ihre Tätigkeit die Weiterverarbeitung bringen soll. Die langsameren Arbeiter waren so als Glied des Arbeitsprozesses gezwungen, sich zum äußersten anzustrengen. Sie waren also abhängig vom Gesamtorganismus. Der Arbeiter verliert also wirtschaftlich seine Selbständigkeit, je weiter die Teilung der Arbeit fortschreitet.

Auch für die Ausbildung des einzelnen Arbeiters ergab sich ein Mißstand. Die Einseitigkeit bei der Arbeit stumpft die Denkfähigkeit ab. Eine Verkrüppelung des Körpers und des Geistes war die Folge der Entwicklung zur Manufaktur. So sagt wieder Adam Smith: Der Verstand der meisten Menschen wird selbstverständlich durch ihre gewöhnliche Beschäftigung beeinflusst. Er hat keine Gelegenheit, seinen Geist anzustrengen, er wird auch unfähig zur Entwicklung reiner, edler und zarter Gefühle. Seine Geschicklichkeit in seinem Gewerbe scheint also auf Kosten seiner geistigen, geselligen und kriegerischen Fähigkeiten vor sich gegangen zu sein.

Trotzdem wollen wir nicht übersehen: Der Arbeiter war zwar abhängig vom Kapitalisten und vom Werk; aber auch der Kapitalist war abhängig vom Arbeiter. Ohne ihn stockte die Produktion mindestens einige Zeit, weil es nicht möglich war, einen anderen Arbeiter mit ebenso großen Fähigkeiten sofort zu gewinnen.

Das wurde nun anders mit dem Ende des 18. Jahrhunderts. In der Maschine bekam der Kapitalist eine Hilfe, die es ihm ermöglichte, unabhängig vom Arbeiter zu werden. Wodurch unterscheidet sich eine Maschine vom Handwerkszeug? Technisch ist die Maschine ein zusammengesetztes Werkzeug. Ökonomisch liegt der Unterschied in der Einwirkung auf den Rohstoff. Wenn ein Handwerkszeug die direkte Einwirkung des Menschen auf den Rohstoff aufhebt, dann ist es eine Maschine, die den Kapitalisten unabhängig vom Arbeiter macht.

Warum organisieren sich die Arbeiter?

Die Antwort auf diese Frage ist scheinbar leicht gegeben: weil sie vereinzelt nichts auszurichten vermögen; weil der einzelne Arbeiter machtlos ist!

Doch damit ist eine erschöpfende Antwort noch nicht gegeben. Die Gründe und Ursachen für den Zusammenschluß der Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen sind mannigfaltiger Natur, und sie verlieren ihre zwingende Bedeutung auch dann nicht, wenn es den organisierten Arbeitern gelungen ist, die Machtverhältnisse auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz zu ihren Gunsten zu verschieben und damit ihre soziale Lage zu verbessern.

Zunächst ist es ja das Hauptfordernis, daß durch die Organisation die soziale Lage der Arbeiterschaft gehoben wird. Es genügt aber keineswegs, der Arbeiterschaft dieses Erfordernis immer wieder eindringlich vor Augen zu führen, ohne sie aber über die Rolle aufzuklären, die sie im wirtschaftlichen und sozialen Leben einnehmen. Denn schließlich erlahmt der Organisationsseifer der Arbeiterschaft in dem Maße, in dem es den Gewerkschaften gelingt, die soziale Lage der Arbeiterschaft günstiger zu gestalten, und von dem größeren Teil der organisierten Arbeiterschaft ist auf die Frage: »Warum organisieren sich die Arbeiter in den Gewerkschaften«, eine genügende und zielbewußte Antwort nicht mehr zu erwarten. Aber darauf kommt es ja gerade an, daß die einmal gewonnenen Mitglieder auch für immer gewonnen sind, daß es nach namhaften Erfolgen nicht heißen kann: Ich habe die Gewerkschaften nicht mehr nötig; oder daß es nach Mißerfolgen nicht heißen kann; die Gewerkschaften können doch nichts ausrichten. In keinem der angeführten Fälle darf das Organisationsinteresse erlahmen, sondern es muß gerade bei Erfolgen und Mißerfolgen wirksamer sein als je zuvor.

Die organisierte Arbeiterschaft muß sich deshalb immer mehr darüber klar werden, daß sich Arbeiter und Unternehmer als völlig gleichberechtigte Vertragskontrahenten gegenüberstehen. Diese gesetzliche Gleichberechtigung nun gilt es zu erkämpfen. Denn dem Unternehmertum ist durch die wirtschaftliche und soziale Notlage der arbeitenden Klassen ein gewaltiges Übergewicht gegeben, gegen das anzukämpfen, ein Gebot der Selbsterhaltung für den Arbeiter ist. Dem Unternehmer ist es immer selbstverständlich, die für ihn günstige Lage des Arbeitsmarktes ohne jede Rücksicht auf das Wohl des Arbeiters oder des Gemeinwohls auszunützen. Je größer die Not des arbeitenden Volkes ist, desto mehr beherrscht das Unternehmertum die Situation, desto einseitiger setzt es die Lohn- und Arbeitsbedingungen fest. Briht der Schrecken der Arbeitslosigkeit und der Betriebseinschränkungen

über die Arbeiterschaft herein, so ist das dem Unternehmertum eine willkommene Gelegenheit mehr, in einer an Erpressung streifenden Weise sich Vorteile im Arbeitsvertrag zu verschaffen. So wird das gesetzlich gewährleistete Recht im Arbeitsvertrag für den Arbeiter gegenstandslos und unwirksam gemacht, und von einem freien Arbeiter kann ebenso wenig die Rede sein, wie von einem Arbeitsvertrag überhaupt. Gegen diese skandalösen Zustände müssen sich die Arbeiter mit Entschiedenheit und ungebrochenem Willen wenden. Sie müssen sich organisieren, in starken Gewerkschaften zusammenschließen, um das gleiche Recht in dem Arbeitsvertrag zu schützen! Sie finden alsdann in der Gewerkschaft einen Rückhalt, gegenüber den Profit- und Machtgelüsten der Unternehmer, die nun nicht mehr ohne weiteres die Notlage der Arbeiterschaft in ihrem Interesse auszunützen können, und die sich immer mehr dazu bequem müssen, in dem Arbeiter einen gleichberechtigten Vertragskontrahenten zu erblicken. Je mehr die Arbeiter diese Sachlage erfassen und berücksichtigen, je mehr sie aus dieser Sachlage heraus auf die Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation bedacht sind, desto mehr haben sie damit auch die Gewerkschaften in den Stand gesetzt, ihnen bei dem vorteilhafteren Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft behilflich sein. Die Arbeiter sollen sich auch durch das Geschrei der Unternehmer über die zunehmende Unbotmäßigkeit und Ungenügsamkeit nicht zurückschrecken lassen. Es ist nur gut, wenn das selbstsüchtige Unternehmertum immer wehleidiger oder auch scharfmaderischer über die zunehmende Unbotmäßigkeit und Ungenügsamkeit zu zernern Gelegenheit findet. Liegt doch darin ein Beweis für die Arbeiter, daß sie sich auf dem rechten Wege befinden, auf dem sie ihrem Ziele auch bereits näher gekommen sind. Dann erst recht vorwärts! So sind selbst bedeutende Mißerfolge auch nicht mehr dazu angetan, den Arbeiter zur Organisationsflucht zu verleiten, denn nunmehr ist es klar, daß er dem Unternehmer damit nur einen Gefallen tut und ihm die alten unbeschränkten Vorrechte wieder einräumt.

Aber noch ein weiterer Umstand wurde zum Anlaß für die Arbeiterschaft, sich in den Gewerkschaften zu organisieren.

Der Unternehmer glaubt, durch den Arbeitsvertrag nicht nur in die Gewalt der Arbeitskraft des Arbeiters, sondern auch in die Gewalt über den Arbeiter gelangt zu sein. Und in der Tat wurde das Unternehmertum durch seine Machtansprüche dazu verleitet, nach Gutdünken über die Person des Arbeiters zu verfügen und ihn wegen seiner Gesinnung zu lohnen oder zu strafen. Weiter beeinflusste das Unternehmertum durch die einseitige Festsetzung der Lohn und Arbeitsbedingungen die Lebensart der arbeitenden Bevölkerung in hohem Maße. Je machtloser die Arbeiterschaft war, je höher die Notlage stieg und je mehr infolge dessen das Unternehmertum die Löhne drückte, und die Arbeitszeit verlängerte, umso mehr wurde auch das Leben der Arbeiter außerhalb des Arbeitsverhältnisses ungünstiger gestaltet. Denn die Zeit für Muße und Erholung wurde in dem Maße eingeschränkt, in dem das Unternehmertum die Arbeitszeit ungehindert nach Gutdünken festsetzen konnte; und die Wiederherstellung der Arbeitskraft wurde in dem Maße erswert, in dem es dem Unternehmertum gelang, die Löhne zu drücken. Es ist nun ganz klar, daß hier ein Umschwung der Dinge zugunsten der Arbeiter eintreten mußte, je mehr sie dazu kommen, sich in den Gewerkschaften zu organisieren, und so den Machtgelüsten der Unternehmer einen wirksamen Widerstand bereiten. Und auch hier dürfen sich die Arbeiter nicht durch den wachsenden Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft und durch die einsetzende organisierte Gewaltpolitik der Unternehmer schrecken lassen. Ganz im Gegenteil! Jeder organisierte Arbeiter muß nun erst recht darauf bedacht sein, die Stöckkraft und Macht der Gewerkschaften zu heben. Denn es gilt, auf dem Wege zur Freiheit der Person auch weiterhin mit aller Macht vorwärts zu streben. Immer mehr muß dem Unternehmertum der Einfluß und die Macht über die Person entzogen, die Macht über die Arbeitskraft aber auf das menschliche Maß beschränkt werden. Der Aufenthalt in den Arbeitsräumen muß immer mehr nach den Grundsätzen der Hygiene und der Gleichberechtigung gestaltet werden, bis der Fabrikkonstitutionalismus von selbst die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse fortentwickelt. Ohne starke Gewerkschaften ist diese Entwicklung aber nicht möglich, wie auch ein wirklicher Fabrikkonstitutionalismus nicht ohne starke Gewerkschaften gedacht werden kann.

Darum organisieren sich die Arbeiter in den Gewerkschaften, um die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag durchzuführen, damit eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages stattfinden kann, die menschlichen Interessen der Arbeiterschaft zur vollen Entfaltung kommen können. Darum aber müssen die organisierten Arbeiter fest zur Organisation stehen. Den noch unorganisierten Arbeitern müssen sie den Weg zur Organisation weisen und ihnen sagen: Fühlt euch nicht mehr als bloße Werkzeuge in der Hand des Unternehmers, sondern besinnf euch auf euer Menschentum und auf eure Menschenrechte!

Hinein in die Gewerkschaften! Hoch die Organisation!



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Des Schutzverbandes „großer Erfolg“.

Vor einiger Zeit bedachte der Schutzverband die deutschen Steindruckereibesitzer mit einem Werbebrief, nach dem ihnen vorgeredet wurde, daß der letzte große Kampf »mit einem großen Erfolge für den Schutzverband beendet worden« sei, um sie mit diesem fetten Köder für die Unternehmerorganisation zu angeln. Wir haben den Werbebrief in Nr. 18 der »Gr. Pr.« veröffentlicht und dabei der zitierten Aufschnidelei die einfache Tatsache gegenübergestellt, daß der »große Erfolg«, dessen sich der Schutzverband rühmt, hauptsächlich darin liegt, das Gewerbe durch seine skrupellosen Maßnahmen an den Rand des Ruins gebracht zu haben. Wer den Mut hat, sich eines derartigen »Erfolges« noch zu rühmen, der gleicht dem tollen Herostrat, der 356 v. Chr. den prächtigen Dianatempel in Ephesus in Brand steckte, bloß um seinen Namen der Nachwelt zu erhalten.

Aber der Schutzverband suchte natürlich nicht dieses Resultat seines Wirkens, sondern den Abschluß des Kampfes durch die Vereinbarungen vom 27. Januar als einen großen Erfolg für das Unternehmertum hinzustellen, obwohl diese Vereinbarungen u. a. die Verkürzung der Arbeitszeit für Steindrucker, eine wesentliche Aufbesserung der Mindestlöhne, eine Revision der Lehrlingsskala usw. vorsehen. Wir stellten der Prahlschrei, diese Zugeständnisse an die Gehilfenschaft als einen großen Erfolg für den Schutzverband auszuposaunen, in unserem Glossar zu dem Werbebriefe die Erklärung des Schutzverbandsvorsitzenden Wundsch am letzten Tage der Abschlußverhandlungen gegenüber, daß kein Teil weder einen Sieg errungen noch eine Niederlage davongetragen habe, daß es in dem Kampfe weder Sieger noch Besiegte gab.

Zu der zitierten krankhaften Ruhmrederei des Schutzverbandes stehen diese Ausführungen seines Vorsitzenden natürlich in einem diametralen Gegensatz, woran auch der Umstand nichts ändert, daß die Äußerung des Herrn Wundsch auf eine ähnliche Bemerkung des Kollegen Sillier gefolgt sein soll, wie das Schutzverbandsorgan in seiner Nr. 11 schreibt. Zur Entschuldigung der schutzverbändlerischen Prahlschrei sucht das Blatt es so darzustellen, als sei auch von unserer Seite der Bemerkung unseres Vorsitzenden nicht Rechnung getragen worden: »Denn dort hat man alle Mittel angewandt, um einen Erfolg der Gehilfenorganisation zu konstruieren.«

Was das Schutzverbandsorgan hier behauptet, ist einfach nicht wahr! Wir haben im wesentlichen nur die Tatsachen sprechen lassen, indem wir die Zugeständnisse des Schutzverbandes von Verhandlung zu Verhandlung, sowie das Schlussergebnis objektiv feststellten und letzteres mit den Vereinbarungen von 1906 verglichen. In unserem Artikel »Friedensschluß im Gewerbe« in Nr. 4 a der »Gr. Pr.« haben wir zwar von einem ideellen Erfolge in der Hinsicht gesprochen, daß weit über ein Viertel aller Organisationsmitglieder tapfer und unverzagt einen Winterfeldzug von mehr als 4 Monaten geführt und daß sich in diesem Kampfe die Kraft des Zusammenschlusses und die unbezwingbare Widerstandsfähigkeit der Organisation voll bewährt hat. Wir hoben aber gleich darauf ausdrücklich hervor:

»Angesichts dieses großen ideellen Erfolges . . . wird der erzielte materielle Erfolg im ersten Augenblicke enttäuschen. Wer die abgeschlossenen Vereinbarungen liest, wird unbefriedigt sein von den Zugeständnissen, zu denen sich die Unternehmer endlich bereit erklärt haben. Wir teilen dieses Unbefriedigtsein und die daraus entspringende Unzufriedenheit mit dem, was in materieller Hinsicht erreicht worden ist. Es reicht bei weitem nicht an das heran, was die Kollegenschaft mit Recht fordern und anstreben mußte.«

Das deckt sich vollinhaltlich mit der auf dem Gautag in Köln, den das Schutzverbandsorgan gegen uns geltend machen möchte, vertretenen Ansicht, »daß das Erreichte mit den Kosten nicht in Einklang zu bringen sei und daß man mehr erwartet hätte«, sowie mit den in vielen Mitgliedschaften zu dem Abschluß gefaßten Beschlüssen.

Aber auch in dem vom Schutzverbandsorgan herangezogenen, aus dem »Korrespondenzblatt« in die »Gr. Pr.« übernommenen Artikel über »Die Ergebnisse des Kampfes« wurde mit keinem Wort ein großer Erfolg für die Gehilfenschaft aus den Vereinbarungen zu konstatieren versucht, sondern lediglich hervorgehoben, daß es endlich gelungen sei, annehmbare Grundlagen für einen ehrenvollen Friedensschluß zu schaffen. Sodann wurden diese Grundlagen objektiv gewürdigt und zum Schluß bemerkt:

»Die Wirkungen des Erreichten aber werden vielleicht nicht sofort und unmittelbar in die Erscheinung treten, aber sie werden sich, besonders durch die Regelung des Mindestlohnes und des Lehrlingswesens, in nächster Zeit geltend machen und dadurch dem Gewerbe und seiner Gehilfenschaft voll zum Segen gereichen.«

Darum haben wir u. E. kein Wort zu viel gesagt. Kein vernünftiger Mensch wird es fertig bringen, diese Haltung mit der auf Gimpelgang berechneten Renommisterei mit den »großen Erfolgen für den Schutzverband« in Parallele zu stellen. So etwas kann sich nur das Schutzverbandsorgan leisten.

Was das Organ des Porzellanarbeitersverbandes »Die Ameise«, die das Schutzverbandsorgan noch gegen uns zitiert, über den Abschluß des Kampfes schreibt, liegt außerhalb unserer Verantwortung; wahrscheinlich ist dieses Blatt aber auf Grund vorurteilsfreier Würdigung der Vereinbarungen zu der Anschauung gekommen, letztere als einen glatten Erfolg der Arbeiter einzuschätzen. Wir selbst teilen diese Ansicht keineswegs, wie die ganze bisherige Haltung unseres Blattes beweist.

Wir haben aus den Vereinbarungen niemals etwas zu machen versucht, was sie nicht sind, und uns von jeder Überschätzung des Abgeschlossenen freigehalten; aber wir hatten auch keine Veranlassung, es zu unterschätzen, und daher haben wir sowohl in unsern Artikeln über »Die Friedenspräliminarien« als auch in verschiedenen anderen Veröffentlichungen nur festgestellt, was ist. Daß der Schutzverbandsmoniteur an diesen Tatsachenfeststellungen keine Freude hat, ist erklärlich, weil sie die mit falschen Angaben betriebene Agitation des Schutzverbandes beeinträchtigen, die Steindruckereibesitzer über die wirkliche Sachlage aufklären und damit die schutzverbändlerischen Leimruten wirkungslos machen.

Aber der Schutzverband versucht mit allen Mitteln, den Kampf, in dem er sich bisher nur mit herostratischem Ruhm bekleckert hat, noch nachträglich zu einem großen Erfolge in materieller Hinsicht zu gestalten. Das zeigen die unerhörten Auslegungskünste, durch die er den klaren Wortlaut der Vereinbarungen zu verdrehen und zu entstellen versucht, um sich den aus den Abmachungen entspringenden materiellen Verpflichtungen soviel als möglich zu entziehen. Wir haben schon verschiedene derartige Versuche, die die Vertragsstreue und die Vertragsfähigkeit des Schutzverbandes in bengalischer Beleuchtung zeigen, gebührend festgenagelt. In der erwähnten Nr. 11 des Schutzverbandsorgans werden weitere Beispiele in dieser Hinsicht erbracht.

So wird u. a. ein Fall erwähnt, in welchem die Organisationsleitung dem Entscheide des Arbeitersausschusses einer Schutzverbandsfirma nicht beigetreten ist, der mit den Vereinbarungen nicht in Übereinstimmung gebracht werden kann. Unseres Wissens handelte es sich um den Versuch der betreffenden Firma, eine kurze Einlaufzeit, die mit ihrem Einverständnis vor der Bewegung bestand, aufzuheben. Der Arbeitersausschuß hatte dem Wunsche der Firma zugestimmt, obwohl er den Vereinbarungen entgegenlief. Unbeschadet der von uns selbst

stets betonten Auffassung, daß der Arbeitersausschuß die Interessensvertretung der Gehilfenschaft innerhalb einer Firma ist, stehen wir auf dem Standpunkt, daß seine Tätigkeit den für das Gewerbe geltenden Verträgen und Vereinbarungen genau entsprechen muß. Derartige Vereinbarungen können durch Sonderabmachungen einer Firma mit dem Ausschuß der Arbeiter des Betriebs weder ganz noch in bestimmten Punkten aufgehoben oder außer Kraft gesetzt werden. Wer anderer Ansicht ist, liefert den Beweis, daß er auf die bindende Kraft der Vereinbarungen für das gesamte Gewerbe pfeift. Diesen Beweis liefert wieder einmal das Schutzverbandsorgan, indem es gegen unsre Organisationsleitung polemisiert, weil letztere gegen die den Vereinbarungen zuwiderlaufende Entscheidung eines Arbeitersausschusses Stellung nahm und dadurch den Vereinbarungen Geltung verschaffte.

Einen weiteren Beweis in dieser Beziehung liefert die sophistische Auslegung der Vereinbarungsbestimmung über die Extraentschädigung bei Bronzedruck, worüber das Schutzverbandsorgan wörtlich folgendes sagt:

»Die Vereinbarungen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Extraentschädigung fortfällt, wenn staubfreie Maschinen im Betrieb vorhanden sind. Allerdings besteht die Differenz meistens über den Begriff »staubfrei«. Der Begriff »staubfrei« ist nicht absolut aufzufassen, sondern relativ in dem Sinne, daß möglichst wenig resp. so gut wie gar kein Staub entwickelt wird, der zu einer Belästigung der mit Bronzierarbeiten beschäftigten Maschinenmeister führt.«

Das ist jedenfalls der Gipfel der Auslegungskunst! Das Schutzverbandsorgan teilt mit, daß der Schutzverband die Absicht habe, »diese Frage bei der Beratung der noch unerledigten besonderen Beschlüsse zu den Vereinbarungen nochmals zu besprechen und den Versuch zu machen, eine gänzlich einwandfreie Fassung, die zu keinerlei Differenzen Veranlassung geben kann, zu finden«. Wir sind begierig zu erfahren, wie dieser Schutzverbandsvorschlag aussehen wird. Die Sachlage würde sofort geklärt und alle Zweideutigkeiten würden vermieden sein durch die Bestimmung, daß alle Bronzierarbeiten extra zu entschädigen sind. Das wäre nur gerecht und billig, wie der Artikel »Was ist eine staubfreie Bronziermaschine?« in Nr. 20 der »Gr. Pr.« abermals nachweist.

Wer nicht will, daß die geschilderten Auslegungskünste und andere Maßnahmen — siehe den Leitartikel dieser Nummer — noch nach dem Kampfe zu einem großen Erfolge für den Schutzverband gegen die Gehilfenschaft führen, der muß zu jeder Stunde auf dem Posten sein, der darf nicht teilnahms- und tatenlos abseits stehen, der muß in und mit der Organisation in treuer Solidarität und strenger Disziplin für die Interessen der Gehilfenschaft tatkräftig eintreten. Nur so nimmt er auch seine eigenen Interessen wirksam wahr. Nur so werden sich die diesen Interessen entgegenstehenden Schutzverbands Hoffnungen nicht erfüllen.

Vergebliche Liebesmüh.

Nachwehen aus dem großen Kampfe.

Wer von den Kollegen während des Kampfes in der »Gr. Pr.« die Artikelfolge »Glossen zur Bewegung« aufmerksam gelesen hat, wird sich noch erinnern können, daß die Nürnberger Schutzverbändler es an dem guten Willen, die Polizei gegen die streikenden Kollegen scharf zu machen, nicht fehlen ließen. Wenn die Polizei nicht vernünftiger gewesen wäre, würden die Kollegen der Mühe des Streikpostenstehens bald überhoben gewesen sein, da sie alle nach dem Herzenswunsche der Schutzverbändler hinter Schloß und Riegel gemauert hätten. Wissen wir doch aus ganz bestimmten Quellen, daß der Oberbürgermeister noch bei keinem Streik so oft telefonisch angerufen wurde, als gerade in diesem Falle. Erlaubte sich einmal ein Schutzmannsposten, mit einem unser Streikposten zu sprechen, flugs wurde er in die Kontore gerufen und das andere entzieht sich unserer Kenntnis. Wahr ist es aber, daß die Nürnberger Schutzleute über die Schutzverbändler mehr erbittert waren, wie unsere streikenden Kollegen. Aufschluß über den Zweck dieser an Nervosität grenzenden Übung des Scharfmachens gibt allerdings der Schleifstein. Man wollte sich die günstige Gelegenheit, Material zu sammeln zu einem Gesetz zum erhöhten Schutz der Arbeitswilligen und zum Ver-

bot des Streikpostenstehens, nicht entgegen lassen. Ein Teil der Schutzverbändler hielt sich ja fern von diesem Treiben, dafür gebärdete sich aber der andere Teil wie der rasende Ajax und so war es unausbleiblich, daß es Anzeigen über Anzeigen gab, durch die aber die Herren schlecht auf ihre Kosten kamen. In zwei Fällen 6 Mk. und 20 Mk. Geldstrafe, das ist denn doch zu wenig, selbst für den größten Verdrehungskünstler.

Nur noch zwei von den vielen sollten sich böse vergangen haben, und auf diese Fälle baute man ganz besondere Hoffnungen.

Die Firma C. A. Pöcher, Inhaber W. Eckstein, hatte das Glück, einige Arbeitswillige zu haben. Da sich die Damen seit Alters her rühmen können, den Schutz des Mannes genießen zu dürfen (außer heutzutage im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß), so war es für die Inhaber der Firma selbstverständlich, daß man den weiblichen Arbeitswilligen seinen starken Arm lieh. Zwei Damen, die das Wort Arbeiterehre noch nicht richtig begriffen hatten, genossen die hohe Ehre, tagtäglich von den beiden Söhnen des Besitzers unter Assistenz eines handfesten Polanty nach Hause begleitet zu werden. Ob im Ernstfall nicht die ganze Gesellschaft ausgerissen wäre, wissen wir nicht, da es nicht so weit kam, aber Neugierige gab es ob des eigenartigen Aufzuges immer genug. Das mag wohl für die an eine solche Tätigkeit nicht gewöhnten Herren Millionärsöhne unangenehm gewesen sein, aber da man seinen Weg wählen kann, wie es einem paßt, so war eben nichts zu ändern. Doch halt, man kann ja das, was man wünscht, auch provozieren.

Als eines Abends wieder einmal zwei Kollegen hinter dem Begleittransport hergingen drehte sich der als Begleitmannschaft fungierende Herr Eckstein herum und erklärte kategorisch, daß er sie verhaften lasse, wenn sie noch lange nachfolgen; er werde auch dafür sorgen, daß sie keine Arbeit mehr bekommen. Kein Wunder, daß der eine Kollege dem jungen Manne auf echt bajawarische Art die Meinung sagte, und zwar nicht nur auf dem Platze, sondern bis an die Wohnung der Arbeitswilligen. Die Folge war ein Beleidigungsprozeß, daß Ergebnis ein Vergleich. Das war für die geheimen Wünsche der Scharfmacher zu wenig. Plötzlich kommt die Nachricht, daß der Staatsanwalt die Sache auf Grund des § 185 in die Hand genommen habe, und eines Tages kam ein Strafbefehl auf einen Tag Gefängnis wegen Vergehens gegen den Galgen des Koalitionsrechtes, den § 153. Sogar der Verteidiger der beiden Kollegen war baß über das summarische Verfahren. Berufung wurde sofort eingelegt. Am 4. Juni kam die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Die Kollegen bestritten entschieden, auf die beiden Arbeitswilligen eingewirkt zu haben, um sie zum Streik zu verleiten, da der Kern der Arbeiterschaft ja heraus war und zwei Frauen das Kraut nicht fett machen konnten. Herr Eckstein jun. sagte dagegen unter Eid aus, die Firma habe es gerade der Anwesenheit der einen Arbeitswilligen zu verdanken gehabt, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte. Eine nette Ansicht von der Aufrechterhaltung eines Betriebs, in dem den 200 Streikenden ein Dutzend männliche und weibliche »Arbeitsfreudige« gegenüberstanden. Es ist nur gut, daß dieser Herr in der Wahl seiner Eltern vorsichtig war. Die beiden arbeitswilligen Frauen erklärten auf Befragen, sie hätten nicht die Überzeugung gewonnen, daß die beiden Angeklagten auf sie einwirken wollten. Ja die eine sagte sogar ganz freuherzig: Gegen den einen habe ich ja gar nichts, »den hob i ja immer geöhnt«. Bei der anderen wurde festgestellt, daß ihr von dem einen Angeklagten bedeutet wurde, zu gehen, mit den Worten: »Mach, daß die druckst, du alte Schwarten.« Bei einer solchen Sachlage verzichtete sogar der Amtsanwalt darauf, einen Antrag zu stellen, und die beiden Kollegen wurden unter Überbindung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Für den Verband besteht aber die Verpflichtung, noch eine Anfrage an die Kreisvertretung des Schutzverbandes zu richten.

Als die Einstellungsfrage bei einzelnen einen schleppenden Gang anzunehmen drohte, wandte sich der Nürnberger Streikleiter an den Kreisvertreter um Aufschluß. Bezüglich der beiden Kollegen kam am 5. März im Auftrag der Firma C. A. Pöcher folgende Antwort:

»Beide Leute haben den sachlichen Boden verlassen, sie sind persönlich gegen Herrn Eckstein vorgegangen. Die Firma lehnt es entschieden ab, beide Leute in ihren Betrieb wieder aufzunehmen.«

Da nun eine zweimalige Verhandlung der Angelegenheit den Beweis für diese Behauptung nicht zu erbringen vermochte, so wird die Firma um abermalige Antwort gebeten.

Dagegen konstatieren wir, daß gar nicht geklagt worden wäre, wenn sie nicht als treibende Kraft dahinter gestanden hätte. Außerte doch die eine der Arbeitswilligen, zu verschiedenen Personen, daß sie nicht geklagt hätte, aber im Kontor habe man ihr keine Ruhe gelassen; dazu das Versprechen, daß es ihr keinen Pfennig kostet, daß alles bezahlt wird, habe sie veranlaßt zu klagen. Armer Schutzverband! Geld spielt keine Rolle. Aber Tatsachen, und die — muß man erbringen können! Na, vielleicht macht der Tausendsassa, der Herr Doktor, aus dem Quark doch noch einen schmackhaften Pfannkuchen für die geheimen Wünsche der Scharfmacher.

t. b.

„Flugwochen.“

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so beginnen auch in unseren graphischen Gewerben bald wieder die saisongemäßen »Flugwochen«, wie der Mutterwitz der Kollegen die Zeit der Massenkündigungen und des Aussetzens getauft hat. Aber auch schon ohne die eigentliche »Flieger«-Saison geht es jahraus, jahrein bei uns recht »fliegend« zu, denn in manchen Kunsttempeln heißt es in Permanenz: »Sie fliegen ein, sie fliegen aus, Grad' wie in einem Bienenhaus.«

Der fliegende Zustand — der unserem sogenannten Kunstgewerbe bald den Titel eines »fliegenden Kunstgewerbes« geben dürfte, weil manche Kollegen in den Wochen, in denen sie zum Aussetzen erkoren oder auch ganz gekündigt werden, die Zeit benützen können, um als »fliegende Kunsthandl« oder sonst was durch die Lande zu ziehen — könnte leicht eingeschränkt oder beseitigt werden. Es brauchten nur allgemein Arbeiterferien eingeführt zu werden, und man käme in der stillen Saison ganz leicht über die arbeitslose, die schreckliche Zeit hinweg. Ehe man aber darin den graphischen Arbeitern etwas entgegenkommt, setzt man sie lieber alljährlich eine Zeit lang aus, mögen sie schauen, wie sie diese unfreiwilligen und unbezahlten Ferien verbringen können.

Eines müßte aber doch jedem Kollegen, der denken und über seine Nasenspitze und seinen örtlichen Horizont hinaussehen kann, ganz entschieden auffallen. In den Ländern, wo es den Berufsorganisationen gelungen ist, einen Tarif durchzusetzen, wie in der Schweiz und kürzlich erst wieder in Norwegen, ist jede Akkord- und Heimarbeit verboten. Und nur in diesen Ländern gibt es auch allgemeine Arbeiterferien in unsern graphischen Gewerben.

Leider ist im Deutschen Reich die Erkenntnis noch nicht soweit durchgedrungen, daß die Akkord-, Heim- und Prämien-Arbeit die Einführung allgemeiner Ferien fast unmöglich macht. Wenn man so im Stillen beobachtet, was bei den Lithographen an Heimarbeit gesündigt wird, und teils bei den Stein-druckern an Überstunden, so begreift man, daß im Deutschen Reich die Ferien für graphische Arbeiter verhältnismäßig nur sehr langsam Eingang finden können.

Die Kollegen tragen selbst den größten Teil der Schuld daran, daß sie noch keine bezahlten Ferien haben, die sie doch haben könnten! Der kurzschichtigste Egoismus ist noch viel zu groß bei manchem unsrer »lieben« Kollegen, und so mancher, der das Wort Kollegialität stets auf der Zunge hatte und im Munde führte, hat im entscheidenden Augenblicke doch dem Zuge des Egoismus Folge geleistet und zuerst an sich gedacht nach dem verwerflichen kapitalistischen Grundsatz: »Jeder ist sich selbst der Nächste!« Nein! niemals! Das ist ein ganz durch und durch falscher Grundsatz und paßt gerade in unsere Zeit weniger denn jemals. Kollegen, bedenkt doch: 16 Wochen hat man euch ausgesperrt ohne Unterschied, und jetzt können sich manche nicht genug in heimlicher und teils auch offener Heimarbeit leisten! Benützt lieber die schöne, freie Zeit zur Stärkung eurer Gesundheit, nehmt auch an den Kollegen und an den Ländern ein Beispiel oder Vorbild, die sich bezahlte Ferien durch Einigkeit erkämpft haben.

—1.

„Schöne Gegend“.

Ein alter Unternehmertrick besteht darin, jüngere Kollegen beim Engagement auf die »schöne Gegend« hinzuweisen, um sie dadurch zu ködern und den Lohn so billig als möglich festzusetzen. Manche fallen auf diesen Trick auch hinein, denn wer möchte nicht gerne in schöner Gegend leben und schöne Aussicht genießen! Was nützt aber alle »schöne Aussicht«, wenn die Einsicht der Prinzipale fehlt: bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen! Wir kennen Orte, die in den reizensten und schönsten Gegenden Deutschlands liegen, die aber auch gleichzeitig die rückständigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen in unseren graphischen Berufen aufweisen und in denen sogar die Behandlung der Kollegen durch die Prinzipale alles andere als Anständig ist.

Der treffliche Dichter Wilhelm Raabe schreibt in seinem Werke »Zum wilden Manne« — manchen Prinzipal in »schöner Gegend« könnte man ebenso benamens — folgende wirklich zutreffende Sätze: »Es ist ein Irrtum oder gar eine Lüge, wenn man behaupten will, daß einen unglücklichen oder von Not und Sorge bedrängten Menschen eine schöne Gegend und herrliche Aussicht zu Heil und zur Genesung gereiche. Es ist einfach nicht wahr! Nichts ist schlimmer für einen kummervollen, Schmerzbeladenen als eine weite sonnenklare, in allen süßen Farben der Erde leuchtende Fernsicht, hoch von einer Bergspitze aus. Es ist arg und eigentümlich furchtbar, aber es ist so: den Sturm, den Regen läßt man sich in der bösen Stimmung gefallen, aber die Schönheit der Natur nimmt man als einen Hohn, als eine Beleidigung und fängt an, alle sieben Schöpfungstage zu hassen.«

Der gemütvollte Wilhelm Raabe trifft damit wie immer den Nagel auf den Kopf, und aus langjähriger Erfahrung und Beobachtung müssen wir ihm vollständig zustimmen. Denn was nützt dem Arbeiter die schönste Gegend, die herrlichste Aussicht, wenn er in dieser Gegend länger als

anderswo arbeiten muß und bei dieser längeren Arbeitszeit noch weniger Lohn bekommt! Was nützt es ihm, wenn er keine menschenwürdige Behandlung erlebt, sondern oft so behandelt wird, als wenn er kein Menschenantlitz trüge!

Manche Unternehmer in solchen »schönen Gegenden« fühlen sich eben noch als die alleinigen und unfehlbaren »Herren im Hause«, die mit dem Arbeiter schalten und walten können, wie sie wollen, und die sich dabei manchmal noch als »patriarchalisch« ausgeben.

Leider liegt die Schuld, daß manchmal in solchen »schönen Gegenden« noch die rückständigsten Verhältnisse anzutreffen sind, vielfach an den Arbeitern selbst, und zwar auch in unserem Beruf! Manche sind zwar bei der Berufsorganisation, manche zahlen auch regelmäßig ihre Verbandsbeiträge, aber damit ist auch alles getan, was solche Kollegen tun. Und daher kommt es eben, daß die rückständigen Verhältnisse in solchen »schönen Gegenden« noch immer anzutreffen sind. An Orten, wo nicht ganz energisch durch den Verband — und dieser besteht doch aus allen oder wenigstens aus der Mehrzahl der Kollegen — gearbeitet wird, werden sich diese rückständigen Verhältnisse nicht beseitigen lassen, mögen die Verbandsfunktionäre noch so sehr auf dem Posten sein. Also, ihr Kollegen in sogenannten »schönen Gegenden«, rafft euch auf, und ihr anderen, besonders jüngeren Kollegen, laßt euch nicht betören!

m.

Ortsberichte.

Dresden. In der letzten Versammlung der Lithographen und Steindruckere referierte Kollege Leinen über: »Die Lehren unserer letzten Lohnbewegung«. Er behandelte einleitend die Kampfmittel und Kampfformen der Gewerkschaften dem Gesamtunternehmertum gegenüber, untersuchte sodann die Grundlagen, auf denen die Taktik bei Lohnkämpfen aufgebaut werden muß und erläuterte die Wandlungen, die im Laufe eines Lohnkampfes in der Kampfaktik notwendig sind. Er schilderte die Produktions- und Weltmarktsverhältnisse der verschiedenen Industrien unter Anführung ihrer inneren Verschiedenartigkeiten und erklärte daraus die Unterschiede in der Kampfaktik aller Berufsorganisationen. Er berührte die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und die Formen der daraus hervorgehenden Gegensätze. Im weiteren behandelte der Redner die Entwicklung der Unternehmerverbände und ihre Zentralisation sowie die gegenseitigen Machtverhältnisse der proletarischen und der kapitalistischen Koalitionen. Er ging dann auf die Markt- und Vertriebszustände im Steindruckgewerbe ein, dabei die früheren und die jetzt geltenden Zollsätze anführend, und besprach ausführlich die Entstehung und die Veranlassung unseres verflochtenen Lohnkampfes und alle seine Erscheinungen. Besonders behandelte er das Kapitel Solidarität, Ofermut und Selbstentäußerung in der Arbeiterklasse und wie weit sich diese hohen Idealbegriffe bis jetzt entwickelt haben, wobei er aufzeigte, welche Erwartungen bei künftigen Lohnbewegungen zugrunde zu legen sind. Er suchte aus dem Gange der Bewegung und aus den dabei gemachten Erfahrungen die Lehren für die Zukunft zu ziehen und schloß seine mehr als anderthalbstündigen Ausführungen, die mit großem Interesse angehört wurden, mit einem Ausblick, in welcher Richtung sich in den nächsten Jahren die Verbesserungsbestrebungen in unserm Berufe zu bewegen haben. In der Diskussion stellte sich Kollege Saupé in der Hauptsache auf den Standpunkt des Referenten und machte längere Ausführungen über die Machtverhältnisse der Unternehmer- und der Arbeiterorganisationen, wobei er aufzeigte, daß man in Arbeiterkreisen sich viel der Unterschätzung des Gegners schuldig mache. Auch er verlangte, vor Einleitung von Lohnbewegungen die jetzt erhaltenen Lehren sehr eingehend zu beachten. Die Arbeiter sollten sich alle bemühen, die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und der Unternehmerverbände zu erforschen, um die Machtgrenzen kennen zu lernen. Kollege Hiekmann sprach sich über den Gang unserer Bewegung näher aus und hielt die geübte Kampfaktik für die aus der Haltung des Gegners empfundene Schlussfolgerung. Im großen Ganzen war er mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Nach dem Schlußwort des Letzteren wurden noch lokale Angelegenheiten beraten und beschlossen, die Versammlungen in Zukunft auf die frühen Abendstunden gleich nach Arbeits-schluß zu verlegen.

Müßeln, Bez. Dresden. In der am 8. Juni stattgefundenen Monatsversammlung referierte Kollege Paul Leinen-Dresden über »Die Lehren der letzten Lohnbewegung«. Am Schlusse des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags forderte Kollege Leinen auf, für Aufklärung unter den Kollegen zu sorgen, damit künftig der Solidaritätsgedanke und das Zusammenhalten der Kollegen in einem Kampfe ganz besonders hochgehalten werde. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die heute versammelten Kollegen der Mitgliedschaft Müßeln stimmen den Ausführungen des Gauleiters Kollegen Leinen zu und sind mit der Taktik des Hauptvorstandes einverstanden. Die hiesigen Kollegen bringen daher den Verbandsführern volles Vertrauen entgegen.«

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Preisausschreiben.

In letzter Zeit ist wiederholt von neuem auf den Unfug hingewiesen worden, der durch Preisaus-schreiben getrieben wird. In der Tat spielen ja auch die Preisauschreiben unter den Reklame-mitteln eine große Rolle. Denn es gibt kaum eine bessere Gelegenheit, für ein Unternehmen Propa-ganda zu machen, als durch ein Preisauschreiben, bei dem nicht nur eine große Anzahl freiwillig er-scheinender Interessenten hinzugezogen, sondern auch die Veranstalter mit dem Nimbus eines Förderers ideeller Bestrebungen umgeben werden. In den Prospekten der Preisauschreiben wird auch fast immer auf die Förderung irgend eines ideellen Zweckes hingewiesen, dem die Veranstaltung dienen soll, und es wird auch nicht selten auf den geringen Geschäftssinn der daran Teilnehmenden spekuliert.

So ist es auch erklärlich, daß diese Preisaus-schreiben recht häufig zu einer unnützen Vergeudung von Talent und Arbeit, ja in einzelnen Fällen zu einer Ausbeutung der Künstler geführt haben. Allerdings wurde eine Anzahl Preise ausgeschrieben, aber diese waren entweder so niedrig, daß von einer Bezahlung der Arbeit nicht die Rede sein konnte, oder es kam auf 200 oder 300 Teilnehmer an einem Wettbewerb ein Preis, sodaß die übrigen für ihre Arbeit keine Entschädigung erhielten, trotz-dem doch ein jeder Zeit, Geld, Material und vor allem eine Idee geopfert hatte. So war es auch durchaus erklärlich, daß man gegen die Preisaus-schreiben der Herren Verleger etwas mißtrauisch wurde. Während der 15 Jahre meiner Mitarbeite-rschaft an graphischen Fachzeitschriften habe ich mehr als einmal Gelegenheit nehmen müssen, ein-zelne Preisauschreiben kritisch zu beleuchten.

Daß schwere Mißstände bei den an sich recht nützlichen Preisauschreiben vorgekommen sind, beweist nicht allein die Abneigung der Künstler- und Schriftstellerkreise gegen derartige Veranstal-tungen, sondern auch die Tatsache, daß man sich mit Erfolg verschiedentlich bemüht hat, Besserung zu schaffen. Es wurden z. B. in letzter Zeit Preis-ausschreiben veranstaltet, zu denen die Teilnehmer geladen und jedem der Beteiligten außerdem eine Bezahlung seiner Arbeit garantiert wurde.

Andererseits gibt es natürlich auch Preisauschreiben, bei denen es sich darum handelt, sich in den Dienst einer großen allgemeinen Sache zu stellen und für diese Propaganda zu machen. Der mate-rielle Wert des Preises spielt dabei keine Rolle, und es ist gleichgültig, ob Zwanzigmärkstücke oder — wie bei den Wettspielen im alten Rom — Kränze aus Olivenblättern die Sieger belohnen, denn jeder derselben ist sich bewußt, der Allgemeinheit zu nützen. Mit solchen idealen Wettbewerben hat man aber höchst selten zu tun, und es kann m. E. sogar zweifelhaft sein, ob das Preisaus-schreiben, das kürzlich vom Preß-Ausschuß der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 veranstaltet worden ist, nur ideale Zwecke verfolgt. In einem sogenannten »Waschzettel«, der als Notiz für die Presse kürzlich versandt wurde, wird über dieses Preisauschreiben gesagt:

»Der Presseauschuß hielt am 31. Mai im Sachsen-zimmer des Buchgewerbehauses seine 2. Sitzung ab, in welcher unter anderem beschlossen wurde, zur Erlangung eines Plaketes für die Ausstellung ein allgemeines Preisauschreiben ergehen zu lassen. Die Bedingungen für diesen Wettbewerb sind auf-gestellt und sie werden in kürzester Zeit zum Versand kommen. Es ist ein Preisgericht gebildet, das aus 7 deutschen Künstlern besteht. An Preisen sind ausgeworfen für den 1. Preis 2000 Mk., für den 2. Preis 1000 Mk., für den 3. u. 4. Preis zu-sammen 1000 Mk. Die Plakatentwürfe sind bis zum 30. September an die Geschäftsstelle der Ausstellung einzusenden. Es dürfte eine rege Beteiligung zu erwarten sein, um so mehr, als es sich um eine Internationale Fachausstellung für die graphische Kunst und das gesamte Buchgewerbe handelt. Weiterhin beschloß der Presseauschuß, ein-stweilen eine Schriftsiegelmarke herstellen zu lassen. Zu diesem Zweck wird unter Schülern der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig ein enger Wettbewerb stattfinden. Die Siegelmarke soll in kürzester Zeit in einer großen Auflage erscheinen. Später sollen neue Siegelmarken, und zwar möglichst für jede an der Ausstellung beteiligte Gruppe ein besonderes Sujet, ausgegeben werden.«

Von vornherein soll zugegeben werden, daß die Leipziger Ausstellungsleitung das unbestreitbar lobenswerte Bestreben hat, gute zugkräftige Propa-gandamittel für ihre Veranstaltung zu schaffen, deren Bedeutung für das gesamte Buchgewerbe nicht verkant werden darf. Das hindert doch aber nicht, daß auch bei diesem so gut gemeinten und, soweit die Preise in Betracht kommen, auch recht gut ausgestatteten Preisauschreiben wieder eine Menge Arbeit der Graphiker und Künstler unnütz vergeudet wird. Viel richtiger wäre es bei dem zu

erwarteten großen Andrang gewesen, die Preise nicht so hoch anzusetzen, dafür aber wesentlich mehr Preise zu stiften, sodaß nicht nur die vier Glücklichen Preise erhalten, deren Arbeiten von der Jury als die besten erkannt werden, sondern auch diejenigen, die es sich Zeit und Mühe kosten ließen, sich an dem Preisauschreiben zu beteiligen. Es konnte wohl auch nicht schwer halten, für eine der-artige Entlohnung der Arbeit die richtige Form zu finden, sodaß zum mindesten eine größere Anzahl der Wettbewerbsteilnehmer in die engere Wahl tritt.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

Intimes aus einer „ersten“ Firma.

Die Klagen gegen die willkürliche und durchaus einseitige Auslegung der Vereinbarungen mit dem Schutzverband durch die Schutzverbändler nehmen kein Ende. Trotz aller Proteste der Gehilfenschaft gegen die offensibaren Verletzungen und Verstöße geben die Handlungen der Unternehmer immer wieder Anlaß zu neuen Klagen. Man sollte meinen, daß die Unternehmer, die sich doch sonst so gern durch ihre geistige Tätigkeit und Bildung über einen »simplen« Arbeiter erheben fühlen, hier ein-mal zeigten, wie weit diese Fähigkeiten vorhanden sind. Gerade hier wäre Gelegenheit, die wirkliche — nicht nur eingebildete — geistige Überlegenheit und Vornehmheit der Steindruckerunternehmer zu beweisen. Wir erdreisteten uns wahrhaftig nicht zu hoffen, daß die Unternehmer einen Vorteil dort, wo er ihnen zugesprochen worden ist, aufgeben; nur eine sinnigemäße, gerechte Auslegung des Ab-geschlossenen erwarteten wir. Doch die Tatsachen zeigen uns, daß wir uns mit unseren Hoffnungen selbst betrogen haben. Zugleich lieferten uns die Vorkommnisse untrügliche Bekundungen für die richtige Bewertung unserer Unternehmer.

Bei allem, was uns bekannt wurde, können wir unschwer feststellen, daß sich die Verdrehrungs-künste und sonstigen Handlungen der Schutzver-bändler nach einheitlichem Plane abspielten. Fragt sich nur, wie sich diese Auffassung beweisen läßt. Dafür, daß die Gedanken zu diesen Plänen von den Leitern des Schutzverbandes selbst ausgeheckt worden sind, besteht bei vielen unserer Kollegen schon seit langem kein Zweifel mehr. Allein die verhandlungsführenden Personen der Unternehmer-organisation wußten sich stets in ihren mündlichen und schriftlichen Erklärungen so zu fassen, daß es schwer hielt, an dem Inhalt ihrer Worte zu zweifeln. Doch der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht. Diejenigen unserer Kollegen, die dem-gegenüber der Ansicht waren, man dürfe einem Unternehmer nicht über das Wasser trauen, be-halten Recht durch die Berichte, die wir im Nach-folgenden der größeren Kollegenschaft unterbreiten wollen. Es handelt sich dabei um die Firma M. Schlesinger-Berlin, deren Inhaber, Herr Wundsch, Vorsitzender des Schutzverbandes Deutscher Stein-druckereibesitzer ist, also um eine »erste« Firma.

In dieser Druckerel sollte praktisch gezeigt wer-den, daß die Behauptung des Schutzverbandes, alle Bronzermaschinen seien staubfrei, wahr ist. Diese Behauptung lesen jene Herren aus dem Wortlaut der Vereinbarung heraus. Zwar heißt es dort wörtlich: »Extraentschädigung wird . . . bezahlt, sofern keine staubfreien Maschinen vorhanden sind.« Jeder Mensch, der ohne Voreingenommenheit den Wort-laut liest, wird den Sinn so auslegen, daß nur dort eine Extraentschädigung nicht bezahlt wird, wo vor-handene Bronzermaschinen wirklich staubfrei sind, daß hingegen die Bezahlung ohne weiteres eintritt bzw. bestehen bleibt, wenn die betreffenden Mas-chinen während des Bronzierens die sie umgeben-den Gegenstände und Personen mit Bronzestaub bedecken, also nicht staubfrei sind, wodurch die die Maschinen bedienenden Maschinenmeister erhöhte Arbeitsleistungen und besondere Ausgaben für Reinigung haben; auch sind während des Bron-zierens die gesundheitlichen Verhältnisse dieser Leute größeren Anfechtungen ausgesetzt. In diesem Sinne haben die Vertreter unseres Verbandes bei den Verhandlungen den Wortlaut verstanden und ihn auch nur verstehen können. Aber die Leitung des Schutzverbandes erklärt, daß die vereinbarte Fassung bedingungslos sage, daß nur für Bronzieren mit der Hand Extraentschädigung bezahlt werde. Solche sophistische Auslegungskunst wirkt um so schlimmer, wenn nach Aussagen auf jener Seite schon bei den Verhandlungen im Januar bei den Unternehmervertretern eine solche Auffassung vor-handen gewesen ist und sie damit hinter dem Berge hielten. Im gewöhnlichen Leben hat man für solche Manipulation sehr treffende Bezeich-nungen. Nörgler unter uns behaupten, daß diese Absicht ursprünglich gar nicht bestanden hat, son-dern daß man es erst nachträglich konstruierte, um auch einen Vorteil herauszuschlagen. Jedenfalls gehört die Bezahlung der Extraentschädigung für Bronzedruck zurzeit noch zu den unerledigten Be-schwerden. Sie befindet sich seit Februar d. Js. in der bekannten »Schwebe«. Seit dieser Zeit bemüht

sich der Schutzverband, für seine Behauptung den Nachweis zu führen. Als dazu geeignet sieht er auch die Firma Schlesinger an.

Dort herrschte eines Tages in der Druckerei ge-waltige Aufregung. Der Oberdrucker stürzte, nach-dem er den Hörer des Geschäftstelephons wieder angehängt hatte, mit eingezo-genem Nacken nach der Bronzermaschine. Einem Maschinenmeister wurden kurze Befehle erteilt und ein paar Arbeits-burschen wurden angeschnauzt, daß sie scheinu zur Seite flogen. Dann kamen zwei Herren, geführt von Herrn Wundsch, um eine staubfreie Bronzermaschine zu besichtigen. Das corpus delicti setzte sich in Bewegung; doch die Vorstellung ging nicht programmäßig vor sich. Der Oberdrucker bemerkte die innere Unruhe seines Herrn. Schnell machte er einige Handtungen an der Maschine . . . da . . . oh, hä! ich nie gelebt, um das zu schauen! Der Geist des Schutzverbandes entstieg der Maschine und entlud sich in Gestalt einer Wolke Bronze-staubes auf den Chef der Firma! Ein homerisches Gelächter befiel den ersten Arbeitsburschen und pflanzte sich fort bis zum Steinträger im Keller. Es pflanzte sich fort durch ganz Berlin, wie in den Tagen des Hauptmanns von Köpenick. Aber die Maschine bleibt nach wie vor — staubfrei!

Zeigt schon dieser Vorfall in deutlicher Weise, wie die Handlungen eines Schutzverbändlers mit der Wirklichkeit übereinstimmen, so tritt dieses durch ein weiteres Vorkommnis in derselben Firma noch viel eklatanter hervor. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schutzverbandes hatte Herr Wundsch mit den Vertretern unserer Organisation über die Beschwerden zu verhandeln, die erhoben worden sind gegen eine Reihe von Unternehmern, die unsere Kollegen unter dem Hinweis auf die Kündbarkeit ihrer Arbeitsstelle zum Austritt aus der Organisation zu veranlassen suchten. Auch dabei lies sich ein einheitliches Vorgehen der Unter-nehmer unschwer beobachten. Herr Wundsch suchte zunächst die Austritte durch die Verbandsmüdig-keit dieses oder jenes Stein-druckers oder Litho-graphen zu erklären. Und als ihm dann vorgehalten wurde, daß auch der Oberdrucker seines Geschäfts dergleichen Versuche gemacht habe, erklärte er: »Der Schutzverband und seine Leitung verurteilt solche Handlungen ganz entschieden und lehnt eine Verantwortung dafür ab. Ein Oberdrucker oder Oberlithograph, der solche Versuche unter-nimmt, begeht eine Eselei!« Mit einer solchen geschmackvollen Titulation mag er diese Tätigkeit treffend charakterisiert haben; genützt aber hat sie ebensowenig wie die abgegebene Erklärung, weder in seinem eigenen Geschäft noch in anderen. Und warum? Kürzlich kam Herr Wundsch gerade dazu, als sein in dem von ihm selbst charakterisiertem Sinne handelnder Druckerlei-ter bei einem Drucker erneut versuchte, ihn zum Austritt aus der Organisation zu bewegen. Das Thema, das der Oberdrucker behandelte, wurde beim Erscheinen des Geschäftsinhabers durchaus nicht gewechselt. Herr Wundsch hörte genau, was sich zutrug und zugetragen hatte. Man konnte er-warten, daß sich der Schutzverbandsvorsitzende wenigstens an sein gegebenes Wort erinnerte. Männerwort — Ehrenwort! pflegt der Volksmund zu sagen. Doch wer so denkt, ist auf dem Holz-weg. Denn kurz hinterher stellte der Oberdrucker an zwei weitere Kollegen dasselbe Ansinnen

Überhaupt scheint man in dieser Firma eine besondere Vorliebe für Gelb zu haben. Es werden dort Leute eingestellt und gehalten, lediglich weil sie gelb sind. Dabei ist es bekannt, daß man es fast durchweg mit schwachen Arbeitern zu tun hat, die aus allen ihren früheren Stellen wegen Un-tauglichkeit entlassen worden sind und nun in einer Firma arbeiten sollen, die von ihren organisierten Arbeitern nur tadellose Arbeiten verlangt hat. Das geschieht gegen den Willen des Druckerleiters, der unseren Kollegen gegenüber seinem Unwillen und der Verzeiwung in beredeten Worten Aus-druck gab; gegen die Zustände aber ist er machtlos.

Vorstehendes teilen wir als Intimes aus einer »ersten« Firma mit, ohne an den einzelnen Vor-gängen Kritik zu üben. Doch nur eine Bemerkung müssen wir uns gestatten. Von einem Manne in der Stellung des Herrn Wundsch sollte man Dinge, wie die geschilderten, nicht erwarten. Der Vor-sitzende einer Organisation, die mit einer anderen im Vertragsverhältnis steht, soll sich nicht nur be-mühen, auch die übrigen Mitglieder seines Ver-bandes zum Innehalten der Abmachungen anzuhalten. Er soll vor allem selbst bestrebt sein, durch eine ehrliche und korrekte, über jede Anfechtung er-habene Befolgung des Vertrages mit gutem Bei-spiel voranzugehen. Wenn aber schon in seinem Betriebe Vorfälle zu verzeichnen sind, die heftigen Tadel verdienen, dann können die Handlungen anderer Schutzverbandsmitglieder auch keine Ver-wunderung mehr erregen. Und das schönste ist, daß Herr Wundsch als Mitglied der Unternehmerr-zentrale gemeinschaftlich mit unserem Hauptvor-stand Streitfälle aus den Abmachungen zu schlichten hatte, unparteiisch natürlich! Man kann sich jetzt ein ungefähres Bild davon machen, wie die Un-parteilichkeit bei den Unternehmern aussieht.

Tac.



Feuilleton.

Das Kulturziel.

(Fortsetzung.)

Die Menschen konnten sich gegenüber den feindlichen Gewalten, den Elementen, wilden Tieren usw., nur durch organische Vereinigung behaupten. Das Gesetz der Erhaltung führte sie zur »Gesellschaft«. Der Einzelne wird immer mehr zum Glied eines organischen Ganzen. Das Naturrecht des Einzelnen wurde immer mehr durch das Gesellschaftsgesetz aufgesogen, bis das Recht der Vernichtung innerhalb der Art zum alleinigen Postulat der Gesellschaft wurde. Damit war die sittliche Grundlage der kulturellen Entwicklung der Gesellschaft geschaffen. Der Kampf ums Dasein, in seiner brutalsten Form, war für den Einzelnen aufgehoben. Er bestand und besteht heute nur noch zwischen den einzelnen Gesellschaftsbildungen, den Stämmen, Völkern und Staaten. Aber auch diese schließen sich immer mehr zusammen, bis schließlich die ganze Menschheit eine Gesellschaft bildet und der Kampf ums Dasein in seiner rohen Naturform durch die Kulturentwicklung überwunden ist.

Wir sehen, daß für den Menschen der Kampf ums Dasein in sich selbst die Ursache seiner Beseitigung trägt. Er zwingt zur Gesellschaftsbildung, die nur durch Ausschließung desselben bestehen kann. Aber in dem Bestreben der Gesellschaft, sich nach außen hin zu schützen und zu verteidigen,

war ihr eigentlicher Zweck, dem Einzelnen die Möglichkeit vollen Auslebens zu gewähren, nicht zur Geltung gekommen. Das Individuum war vielmehr zum Sklaven der Gesellschaft, bezw. der sie beherrschenden Schicht geworden. Der Mensch hatte auf seine Freiheit verzichtet, nur um überhaupt da zu sein. Erst in demselben Maße, als die Notwendigkeit der Gesellschaft, sich nach außen hin zu schützen, abnimmt, als die rohe Form des Kampfes ums Dasein überwunden wird, wird sie sich auf diesen ihren inneren Zweck besinnen. Sie wird nicht nur die wirtschaftliche Grundlage der Erhaltung und Vervollkommnung des Einzelnen schaffen, sie wird und muß ihm auch das Recht der ungehindert freien Betätigung seiner individuellen Kräfte und Fähigkeiten zurückgeben. Denn die rücksichtslose Unterdrückung der Naturtriebe beschränkt nicht allein die Freiheit und damit das Glück des Einzelnen, sie bildet auch eine ständige Gefahr für den Bestand der Gesellschaft, weil sie eine Quelle der dieselbe beunruhigenden Krankheiten und Verbrechen darstellt. Aber die Gesellschaft kann diese Freiheit dem Einzelnen nicht ohne weiteres zurückgeben. Denn die freie Betätigung der sich gegenseitig bekämpfenden Naturtriebe würde jene zerfleischen. Da jedoch diese Kräfte und Triebe von Natur aus weder gut noch schlecht sind, sondern von der Gesellschaft bezw. der sie beherrschenden Klasse erst so gewertet werden, und zwar nach dem Maßstabe, ob sie ihr bei freier Betätigung schaden oder nützen, so ist es die eigentliche Kulturaufgabe der Gesellschaft, alle diese Naturtriebe und Kräfte so zu bilden

und zu erziehen, daß sie eben bei ungehindert freier Betätigung dem Wohle der Gesamtheit dienen. Nur durch die Lösung dieser Aufgabe kann das Kulturziel, die Vereinigung des Glückes des Einzelnen mit dem der Gesellschaft erreicht werden. Wenn also innerhalb der Naturentwicklung die letzte und höchste Stufe, der Mensch, durch den Kampf ums Dasein erreicht wurde, so sehen wir innerhalb der Kulturentwicklung die Menschheit ihre höchste Stufe erreichen durch allmähliche Überwindung des Kampfes aller gegen alle, durch Erziehung zum solidarischen Zusammenwirken aller für die Vollendung des Ganzen. Wie diese Erziehung schon mit der ersten Gesellschaftsbildung aus dem Gesetz der Erhaltung entsprang, so bilden auch heute noch die wirtschaftlichen Verhältnisse den materiellen Ansporn derselben. Aber wie im Laufe der kulturellen Entwicklung das menschliche Bewußtsein immer höher steigt, ist es der Würde des Menschen immer weniger entsprechend, als Sklave sich einem Zwange zu fügen. Erst mit dem Augenblicke, da er mit vollem Bewußtsein und in freudiger Übereinstimmung mit dem Kulturwillen freiwillig diesen zu erfüllen sucht, wird er zum freien sittlichen Wesen. (Schluß folgt.)

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Erstkl. Autotypie-Retuscheur für Masch., Landsh., Kunstgewerbe zum baldigsten Eintritt für eine gute deutsche Firma in [480]

Rio de Janeiro

gesucht. Bewerber, mit sämtl. Sparten der Klischee-Branche vertraut, erhalten den Vorzug. Gehalt 350 Mk. deutsch. Währung, 3 jäh. Kontrakt, freie Hin- und Rückreise. Angebote mit Proben und Referenzen erbeten an Burdardi, Dresden-A., Zinzendorfstr. 39.

RETUSCHEURE

tüchtig in Retusche amerikanischer Manier zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. Offerten erbeten unter Beifügung von Mustern, Angabe der Gehaltsansprüche und des Alters an J. G. Scheller & Giesecke, Reproduktionsanstalt, Leipzig, Brüderstraße 26/28. [300]

Masch. - Retuscheure

werden in dauernde und angenehme Stellung gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an Kunstanstalt A. Krampolek, Wien IV/2. [240]

FARBEN-PHOTOGR.

und erbitten Offerten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften u. Mustern sowie Angabe des Antrittes. Hoh & Hahne, Leipzig. [270]

Tüchtiger Handpressen-drucker

welcher perfekt im Farbedruck ist und gleichzeitig Schwarzautos druckt, sofort gesucht. [600]

Gebr. Dietrich

Leipzig, Josephinenstr. 9. Tüchtige, geübte **KUPFER-DRUCKER**

für Photogravüredruck für sofort gesucht. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften an F. Brudmann, A.-G., München, Nymphenburgerstr. 86 erbeten. [300]

Mehrere tüchtige MESSINGSTECHE

für dauernde Arbeit, auch Sommerarbeit, sucht durch den Arbeitsnachweis Klau & Häntsch, Adlershof-Berlin. [180]

Verschiedenes

Feuchtbleibendes „Cosmos“-Umdruckpapier, Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 M. **Grau feucht Umdruckpapier**, dasselbe Format, per 100 Bogen 8,— M. **Goldlack**, bestes Hilfsmittel f. Bronze-Unterdruck, per kg 5 M. **Chromopasta**, bestes Tonschuttmittel, per kg 4 M. **Radika**, bestes Tonschuttmittel für Zink, per kg 3,50 M. [360] **H. M. Köhler, Leipz.-Schönefeld.**

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande

Wischwalzen Schläuche, ohne Naht

für Steindruckschnellpressen **Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).** Vertreter an allen größeren Plätzen — la.-Zeugnisse. —

Lithographen - Diamanten

für Hand und Maschine.

- No. 72 Schrift-Diamant m. Naturspitze f. Lithogr., p. Stck M. 4.— 7.— 9.—
 - No. 73 Vierkantig geschliff. Schrift-Diamanten, bes. f. engl. Schrift u. Kupferstecher zu empfehlen, per Stück M. 12.— 14.— 16.— 18.— 20.—
 - No. 74 Scharfrundgeschliffener Schrift-Diamant für englische Schrift und Kupferstecher, per Stück M. 14.— 16.— 18.— 20.— 24.—
 - No. 75 Dreikantig geschliff. Maschinendiamant z. Gravieren, p. St. M. 7.— b. 12.—
 - No. 76 Maschinendiamant m. Naturspitze z. Gravieren, p. St. M. 4.— bis 8.—
 - No. 77 Masch.-Diamant, konz. geschliff. f. Asphaltarb., p. St. M. 12.— bis 20.—
 - No. 78 Saphir, konzentriert geschliffen f. Asphaltarbeiten p. St. M. 7.— bis 13.—
 - No. 80 Federnder Diamant z. Ziehen v. Punktierlinien, p. St. M. 4.— bis 6.—
 - No. 81 Zirkeldiamant, per Stück M. 3.— bis 4.—
 - Glasschneide-Diamanten, per Stück M. 3.— 6.— 8.— 10.—
 - Universal-Glasschneidediamanten, per Stück M. 8.— 10.— 12.— 15.—
- Reparat. sämtl. Diamantwerkzeuge werden prompt u. bill. ausgeführt

Urbanek & Co.,

Diamantwerkzeug-Fabrik, Berlin W. 15, Uhland-Straße 52.

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w.

in bester Ausführung fertigt an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31. **Karl Rettig's Zinkdruckätze** ermöglicht ein tadelloses Drucken von Zink [180] Berlin S. W. 29, Solms-Straße 12.

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen

(fachmännisch sortiert) **ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße**

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- und Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.** Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf. **Der Aluminiumdruck (Algraphie).** Von K. Weiland. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz.**

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe

liefert **Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.**

Gebrüder Stärzl, München

Fabrikation v. Rouletten, Stichein, Polierstählen, Grundfräsern etc. — Katalog gratis und franko. —

Steindruck, langj. Mitgl. des Verb., jetzt Invalide, empfiehlt den Kollegen

hofeine Zigarren

in bester Qualität. [270] à Mille 65 Mk., 45 Mk. und 37 Mk. Bei Abnahme von 500 Stück franko. **H. Knollmann, Bünde i. W., Eismühlenweg 18.**

Verbandsnachrichten

Hildesheim!

Auskunftserteiler ist **Adolf Bördy, Hildesheim-Moritzberg, Maschstraße. 80.**

Achtung! Koblenz a. Rh.

Kassierer und Unterstützungsauszahler ist jetzt Kollege **Arthur Rudolph, Höhr (Nassau), Weiherstr. 31.**

Die Kollegen

- Carl Sporkhorst,** Nachschneider,
- E. Dietrichs,** Auto-Photograph,
- P. M. v. d. Bildt,** Auto-Ätzer,
- Fr. Göpfert,** Auto-Ätzer,

werden ersucht, ihren Verpflichtungen der Expedition gegenüber nachzukommen.

Die Expedition der Graph. Presse.

Zur Abreise unseres lieben Vorsitzenden [250]

Alfred Keller

ein **herzliches Lebewohl** und ferneres Wohlergehen im neuen Wirkungskreise Zittau, wünschen ihm die Kollegen der Mitgliedschaft **Ebersbach i. Sa.**

Graphische Werkstätten

der Handwerker- u. Kunstgewerbeschule **Breslau** Kunstgewerbl. u. techn. Ausbildung in Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- und Buchbinderei, Photo-mechan. Reproduktionsverfahren :: Auskunft durch den Direktor :: Halbjährlich 30 Mark — Eintritt jeberzeit